

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Politikwissenschaft
Sommersemester 2023

**Abschlussarbeit zur Erlangung des akademischen Grades
Bachelor of Arts**

Erstgutachter: Marius Dotzauer, M.A.
Zweitgutachter: Tobias Schmidtke, M.A.

**Die Legitimationsstrategien der Europäischen Union
im Zuge der aktuellen Kommunikationspolitik**

**The legitimation strategies of the European Union in the course of the
current communication policy**

Vorgelegt von:

Leon Kokoschka



Zwei-Fach-Bachelor Biologie und
Politikwissenschaft
6. Fachsemester
Abgabedatum: 06.07.2023

Inhaltsverzeichnis

I EINLEITUNG	1
II THEORETISCHE GRUNDLAGEN	4
1 POLITISIERUNG INTERNATIONALER INSTITUTIONEN	4
1.1 Politisierung der Europäischen Union.....	4
2 LEGITIMITÄT UND INTERNATIONALE INSTITUTIONEN	6
2.1 Zum Verständnis politischer Legitimität	6
2.2 Autorität und Legitimität.....	7
2.3 Bedeutung und Funktion für internationale Institutionen	8
2.4 Legitimitätswahrnehmung und Legitimation	9
2.5 Stellenwert öffentlicher Kommunikation	11
3 THEORETISCHES ARGUMENT UND ARBEITSHYPOTHESE	12
III METHODIK	13
1 VORGEHEN	13
2 ÜBERBLICK ÜBER BISHERIGE FORSCHUNGSVORHABEN	14
3 MATERIALGRUNDLAGE: AKTUELLE KOMMUNIKATIONSELEMENTE DER EU	16
3.1 Allgemeine Maßnahmen und Instrumente.....	16
3.2 Programme und Initiativen.....	17
4 BEGRÜNDUNG & OPERATIONALISIERUNG DER KRITERIEN	18
IV ERGEBNISSE	21
1 PARTIZIPATION DER ZIVILGESELLSCHAFT	21
2 TRANSPARENZ	23
3 VORTEILE & PROBLEMLÖSENDE ASPEKTE	25
4 DISKURSIVER SCHWERPUNKT.....	26
5 ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ERGEBNISSE	29
V DISKUSSION DER ERGEBNISSE	31
1 RÜCKBEZUG ZU DEN THEORETISCHEN ANNAHMEN	31
2 EINORDNUNG HINSICHTLICH DES DEMOKRATIEDEFIZITS DER EU.....	33
VI FAZIT	36
LITERATURVERZEICHNIS	39
TABELLENVERZEICHNIS	44
EIGENSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG	45

I Einleitung

„In order to better understand why some international institutions assume an informal club format while others become full-blown organisations; why some institutions' decision-making procedures are reformed substantially while others' remain unaltered; or why some institutions open-up to civil society while others do not, the interaction of international institutions' constituencies and legitimation strategies should be taken into account more systematically.”
(Gronau, Schmidtke 2016: 557)

Angesichts ihrer heutigen Anzahl und Vielfalt sind internationale Institutionen im Forschungsfeld der internationalen Beziehungen bereits seit Jahrzehnten kaum mehr wegzudenken. Zusätzlich wird die Rolle und Stellung dieser Institutionen seit jeher durch das Spannungsfeld zwischen den nationalen Regierungen, der Bevölkerung und zivilgesellschaftlichen Organisationen beeinflusst (vgl. de Vries et al. 2021: 307ff.). Die damit einhergehende steigende Politisierung der letzten Jahrzehnte stellt sie und die mit ihnen verbundenen Akteure vor zusätzliche Herausforderungen (vgl. Zürn et al. 2012: 82f.). Insbesondere den gestiegenen Legitimitätsansprüchen kann in Form einer gezielten Legitimation zur Beeinflussung der öffentlichen Legitimitätswahrnehmung begegnet werden (vgl. Tallberg & Zürn 2019: 588ff.). Demnach hat sich im Einklang mit der Forderung von Gronau und Schmidtke (2016) innerhalb der Legitimitätsforschung ein Forschungsbereich aufgetan, der sich explizit mit den Einflussmöglichkeiten internationaler Institutionen auf ihre öffentlichen Legitimitätswahrnehmung beschäftigt. Die Europäische Union (künftig: EU) kann in diesem Kontext als eine Art Paradebeispiel angesehen werden. Besonders die Zunahme der Autorität, welche die EU ausübt, hat zu einer Beschäftigung der breiten Bevölkerung mit der politischen Legitimität der EU geführt (vgl. Zürn 2006: 244). Hierbei nimmt seit einigen Jahren ebenfalls der Vorwurf eines Demokratie- und Legitimitätsdefizits eine bedeutende Rolle ein (vgl. Meyer 1999: 260).

Davon ausgehend können die zunehmenden Legitimitätsanforderungen für internationale Institutionen ein Problem darstellen, da ihr Wirken maßgeblich durch die ihnen zugeschriebene Legitimität bestimmt wird (vgl. Zürn & Stephen 2010: 93). Für die EU kann dieser Umstand ebenfalls als eine Herausforderung in den vergangenen Jahrzehnten angesehen werden (vgl. Zürn 2006: 244). Auf Grundlage dieser Zusammenhänge soll durch die Arbeit die folgende Fragestellung beantwortet werden:

*Durch den Gebrauch welcher Legitimationsstrategien versucht sich die Europäische Union gegenüber den Bürger*innen der Europäischen Union im Zuge der aktuellen Kommunikationspolitik zu legitimieren?*

Durch die Bearbeitung der Fragestellung soll auf theoretischer Ebene ein Beitrag dazu geleistet werden, den bisherigen Stand der Legitimitätsforschung im Bereich der Legitimationsstrategien auf die gegenwärtige Kommunikationspolitik der EU anzuwenden. Dabei soll insbesondere die empirische Gültigkeit einiger Typologien untersucht werden, die sich mit unterschiedlichen Legitimationsstrategien beschäftigen (vgl. u.a. Tallberg & Zürn 2019; Bäckstrand & Söderbaum 2018; Dellmuth et al. 2019; Gronau & Schmidtke 2016). Gleichzeitig weist die Fragestellung auf relevante gesellschaftliche Implikationen hin. Durch den Umstand, dass die EU in den letzten Jahrzehnten mit einigen Legitimitätskrisen konfrontiert wurde, besteht ein gesondertes Interesse an den aktuellen Möglichkeiten, die zur Beeinflussung der Legitimitätswahrnehmung genutzt werden (vgl. Fuchs & Escher 2015: 75ff.). Hierbei verdeutlicht sich ebenfalls die konkrete Bedeutung des Forschungsvorhabens. Durch die Herausarbeitung der aktuellen Legitimationsstrategien lassen sich darauf aufbauend mögliche Rückschlüsse für die zukünftige Entwicklung der EU ziehen. Auch die Verknüpfung mit vergangenen Untersuchungen hinsichtlich der Kommunikationspolitik ist möglich. Für die Auseinandersetzung mit dem Thema der Arbeit werden vor allem aktuelle Erkenntnisse aus dem Bereich der Legitimitätsforschung verwendet. Weiterhin sind die Mechanismen und Entwicklungen von Bedeutung, die zu einer steigenden Politisierung der EU beigetragen haben und die EU mit Legitimitätsanforderungen konfrontieren (vgl. u.a. de Wilde & Zürn 2012: 146ff.). Der Begriff der politischen Legitimität nimmt eine zentrale Rolle ein und wird mit seinem empirisch-soziologischen Verständnis genutzt. Die Legitimität stellt damit eine konkrete Eigenschaft internationaler Institutionen dar und ist durch die Interaktion mit den ihnen verbundenen Akteuren beeinflussbar (vgl. Tallberg & Zürn 568ff.). Im Kontext dieser Arbeit wird der Begriff der politischen Legitimität mit der angemessenen Ausführung von Autorität durch eine internationale Institution verstanden (vgl. Stanford Encyclopedia of Philosophy 2017). Die Legitimitätswahrnehmung einer Institution wie der EU kann durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden. Dabei wird seit den Untersuchungen von Fritz W. Scharpf die Unterscheidung in *Input- und Output-Legitimität* als einschlägige Konzeption verwendet, um die Legitimitätswahrnehmung von internationalen Institutionen zu beschreiben (vgl. Schmidt 2013: 4). Der Bereich der *Input-Legitimität* kann mit den Prozessen innerhalb einer Institution gleichgesetzt werden und das Konzept der *Output-Legitimität* mit den erzielten Entscheidungen und Ergebnissen, die eine internationale Institution produziert (vgl. ebd.). Auf Basis dieser zentralen Konzepte haben in den letzten Jahren einige Forschungsvorhaben gezielte Legitimationsstrategien entwickelt, die die Legitimitätswahrnehmung einer internationalen Institution gegenüber der breiten Bevölkerung beeinflussen sollen (vgl. Gronau, Schmidtke 2016:

539f.). Dabei werden besonders solche Ansätze für relevant erachtet, bei der die Legitimation von der Institution aus gesteuert wird („top-down“-Ansatz) (vgl. Bäckstrand & Söderbau, 2018: 104). Hinsichtlich des Gebrauchs von verschiedenen Legitimationsstrategien gibt es einige Typologien, die beispielsweise eine Unterscheidung zwischen institutionellen und diskursiven Praktiken vornehmen (vgl. ebd.). Beide Formen knüpfen dabei an das Konzept der *Input- und Output-Legitimität* an (vgl. Dellmuth et al. 2019: 628).

Durch das methodische Vorgehen der Arbeit sollen die unterschiedlichen Legitimationsstrategien der EU herausgearbeitet werden. Auf Grundlage des theoretischen Ausgangspunkts, dass die EU mit zunehmenden Legitimitätsanforderungen konfrontiert wird, soll innerhalb der aktuellen Kommunikationspolitik der Gebrauch von Legitimationsstrategien verdeutlicht werden (vgl. Zürn 2006: 24). Auf Basis der bisherigen Erkenntnisse im Bereich der Legitimitätswahrnehmung internationaler Institutionen werden Kriterien entwickelt, die für die Analyse der gegenwärtigen Kommunikationspolitik der EU genutzt werden sollen. Bei dem verwendeten Material handelt es sich um einen Großteil der aktuellen Kommunikationspolitik der EU (vgl. Kommunikationspolitik o. D.). Diese besteht aus verschiedenen Elementen und wird von Seiten der EU für die Interaktion mit den EU-Bürger*innen eingesetzt (vgl. ebd.). Durch die bereits ausgeführte Bedeutung von Legitimität für internationale Institutionen kann davon ausgegangen werden, dass sich innerhalb der Kommunikationselemente gewisse Legitimationsstrategien herausarbeiten lassen (vgl. Zürn & Stephen 2010: 93). Für die Analyse werden hauptsächlich Primärquellen von Seiten der EU verwendet. Durch die folgenden Schritte soll die Fragestellung der Arbeit zielführend beantwortet werden. Zunächst werden die relevanten theoretischen Konzepte und Theorien der Arbeit vorgestellt. Daran anknüpfend werden das theoretische Argument und die Arbeitshypothese für das methodische Vorgehen formuliert (Teil II). Nach einem Überblick über das Vorgehen und der Vorstellung von einigen Forschungsvorhaben, die sich mit einem ähnlichen Forschungsgegenstand beschäftigen haben, werden die einzelnen Kommunikationselemente vorgestellt. Anschließend werden die Kriterien für die Inhaltsanalyse formuliert und operationalisiert (Teil III). Die Ergebnisse der Methode werden anschließend für jedes Kriterium und das entsprechende Kommunikationselement vorgestellt. Nach einer Zusammenfassung der relevanten Ergebnisse (Teil IV) werden diese vor dem Hintergrund der theoretischen Annahmen und der Debatte um das Demokratiedefizit der EU eingeordnet (Teil V). Abschließend folgt ein Fazit (Teil VI).

II Theoretische Grundlagen

Die folgenden beiden Kapitel thematisieren die relevanten theoretischen Basiskonzepte, die im Rahmen von Thema und Fragestellung der Arbeit für essenziell erachtet werden. Damit verknüpft ist ein allgemeiner Überblick über die einschlägige Literatur und die zugehörigen Forschungsvorhaben relevanter Autor*innen zu den entsprechenden Themengebieten, die den aktuellen Stand der Forschung widerspiegeln. Zusätzlich dient diese Einführung als Basis für das theoretische Argument und die daraus abgeleitete Arbeitshypothese, welche die Grundlage für das methodische Vorgehen darstellt. Das Argument und die dazugehörige Arbeitshypothese werden im dritten Kapitel dargelegt.

Hierfür wird gezielt auf die Bedeutung des Politisierungsprozesses für die Europäische Union eingegangen. Anschließend soll daran anknüpfend der Zusammenhang zu dem Konzept der politischen Legitimität dargelegt werden. Einen zentralen Stellenwert wird außerdem die Legitimitätswahrnehmung internationaler Institutionen und die Möglichkeiten deren aktiver Beeinflussung einnehmen. Der Verweis auf den Stellenwert öffentlicher Kommunikation rundet die theoretischen Grundlagen ab.

1 Politisierung internationaler Institutionen

Die Politisierung internationaler Institutionen ist seit einigen Jahren ein zentrales Forschungsgebiet im Bereich der internationalen Beziehungen (vgl. u.a. de Vries et al. 2021; Zürn et al. 2012). Grundsätzlich wird unter dem Begriff der Politisierung ein Prozess verstanden, bei dem allgemeingültige Entscheidungen in einen Gegenstand der öffentlichen Debatte transformiert werden (vgl. Zürn et al. 2012: 74). In Bezug auf internationale Institutionen hat dieser Prozess zur Folge, dass deren grundsätzliche Funktion und deren Entscheidungen in die breite Öffentlichkeit gebracht werden und als eine damit verbundene Konsequenz deren Funktion ebenfalls öffentlich angefochten wird (vgl. De Vries et al. 2021: 308). Damit verändert sich die Anzahl der Akteure, welche mit der Politik von internationalen Organisationen in Verbindung steht (Zürn et al. 2007: 149). Besonders der breiten Bevölkerung wird dabei eine zentrale Rolle zugeschrieben (De Vries et al. 2021: 310).

1.1 Politisierung der Europäischen Union

Als einer der Haupttreiber der Politisierung der EU in den letzten Jahrzehnten gilt die zunehmend voranschreitende Erweiterung der europäischen Vertragswerke und die damit verbundene zunehmende Autorität (Rauh et al. 2020: 399 & Zürn 2006: 243f.). Besonders durch die letzte nennenswerte Änderung mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahre 2007 wurden zahlreiche supranationale Elemente in das institutionelle Gefüge der EU eingebracht und ein zentraler Schritt für die weitere

europäische Integration vorgenommen (vgl. Vertrag von Lissabon; Kurzdarstellungen zur Europäischen Union; Europäisches Parlament o. D.).

Für Peter De Wilde und Michael Zürn sind drei wesentliche Bestandteile mit der Politisierung der EU verbunden (vgl. 2012). Zum einem ist es die generelle Aufmerksamkeit über die Belange der EU, die sich unter anderem daran erkennen lässt, dass die europäischen Bürger*innen über Themen der EU informiert sind (vgl. De Wilde & Zürn 2012: 146). Weiterhin wird diese Aufmerksamkeit von weiteren beteiligten Akteuren mobilisiert, wie beispielsweise durch Debatten in den nationalen Parlamenten und die Zunahme von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich mit der EU auseinandersetzen (vgl. ebd.: 147). Zusätzlich wird durch die Polarisierung von nationalistisch orientierten Gruppierungen, verbunden mit der allgemeinen Anfechtung der EU, die Politisierung in der nationalen Parteienlandschaft vorangetrieben (vgl. ebd.: 148). Durch die beiden zuletzt genannten Faktoren wird hervorgehoben, dass die Politisierung internationaler Institutionen nicht ausschließlich durch die gestiegene öffentliche Wahrnehmung bestimmt wird, sondern mittlerweile verschiedene Faktoren für den Politisierungsprozess verantwortlich sind (vgl. De Wilde & Zürn 2012: 142ff. & De Vries et al. 2021: 324ff.). Dabei zeigt sich, dass besonders der Aspekt der Polarisierung in den letzten Jahren mit zunehmenden Herausforderungen für die EU einhergeht. Konkret handelt es sich hierbei um die Akteure aus der Zivilgesellschaft und der europäischen Parteienlandschaft, die eine euroskeptische Position vertreten (de Wilde et al. 2016: 6).

Eine anschauliche Darstellung dieser Entwicklung bietet die Arbeit von Lisbet Hooghe und Gary Marks, welche die verschiedenen Dimensionen des Politisierungsprozess der EU mit der historischen Entwicklung in Verbindung setzen (vgl. Hooghe & Marks 2009). Dabei wurde festgestellt, dass bis in die 1980er Jahre kein öffentlicher Diskurs über die EU vorherrschte. Dieser Umstand wurde zu Beginn der 1990er Jahre durch die Einführung des Vertrags über die Europäische Union, welcher auch unter dem Namen „Vertrag von Maastricht“ bekannt ist, geändert (vgl. Vertrag von Maastricht o. D.). Generell lässt sich die Initiierung dieses Vertragswerkes als einen bedeutenden Schritt für die weitere Ausgestaltung der EU einordnen. So wurden unter anderem relevante Einführungen wie die Unionsbürgerschaft, die Voraussetzungen für die europäische Währung und eine weitere vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit begründet (vgl. European Central Bank 2017). Damit geht mit dieser Veränderung ebenfalls eine bedeutende Zunahme der Autorität der EU einher, was eine Grundlage für die weitere Politisierung bietet (vgl. Zürn, 2006: 243f.).

Somit zeigt sich anhand dieser und weiterer Arbeiten, die sich mit der Politisierung der EU auseinandersetzen (u.a. Hutter & Grande 2014 & De Wilde & Zürn 2012), dass vor allem die zunehmende Autorität der EU-Institutionen mit Beginn des Vertrags

über die EU einen wesentlichen Beitrag zu der Politisierung beigesteuert hat. Die daraus resultierende öffentliche Präsenz der EU trägt zu einer allgemein größeren Bekanntheit der EU bei und sorgt dafür, dass europäische Themen zu einem Teil der politischen Willensbildung innerhalb der Nationalstaaten werden (vgl. Hooghe & Marks 2009: 9).

Des Weiteren führt der Politisierungsprozess ebenfalls zu einem höheren Aufkommen an kritischen Meinungen gegenüber internationalen Institutionen, die die von ihr ausgeübte Autorität anfechten (vgl. De Vries et al. 2021: 309ff.). Diese Entwicklung lässt sich ebenfalls in Bezug auf die EU feststellen. Zwar hat sich der Anteil der Bevölkerung, welcher die EU grundlegend unterstützt in den letzten Jahrzehnten kaum geändert, allerdings hat besonders die Anzahl an Personen und Akteuren zugenommen, welche der EU kritisch gegenüberstehen (vgl. Hooghe & Marks 2009: 7-11). Damit kann der öffentliche Diskurs über die EU im Zuge der zunehmenden Politisierung seit den 1980er Jahren nicht mehr als „[...]permissive consensus [...]“ (Hooghe & Marks 2009: 5) charakterisiert werden, sondern als ein Zustand des „[...]constraining dissensus [...]“ (Hooghe & Marks 2009: 5).

Um zu verdeutlichen, weshalb die sich ausweitende Autorität internationaler Institutionen und die daraus resultierende Politisierung eine Herausforderung darstellen, soll im folgenden Kapitel das Konzept der politischen Legitimität erläutert werden. Zusätzlich werden weitere zentrale Konzepte, die mit der Fragestellung der Arbeit verbunden sind, erläutert und auf das theoretische Argument und die Arbeitshypothese eingegangen.

2 Legitimität und internationale Institutionen

Die Ausführungen des vorherigen Kapitels verdeutlichen, dass die zunehmende Autorität der EU mit einer steigenden Politisierung einhergeht. Welche Verknüpfungen sich aus dieser Entwicklung mit dem theoretischen Konzept der empirisch-soziologischen Legitimität (vgl. Tallberg & Zürn 2019) ergeben, soll im folgenden Kapitel der Arbeit erläutert werden. Der Zusammenhang zwischen der Politisierung einer internationalen Organisation und ihrem Ausmaß an politischer Legitimität soll als Grundlage verwendet werden, um damit verbundene Konzepte aus dem Bereich der Legitimitätsforschung darzustellen (vgl. u.a. Zürn et al. 2012; Tallberg & Zürn 2019).

2.1 Zum Verständnis politischer Legitimität

Das Konzept der politischen Legitimität nimmt eine zentrale Stellung innerhalb des theoretischen Kontextes der Arbeit ein. Schlägt man das zugehörige Adjektiv „legitim“ in einem deutschsprachigen Wörterbuch nach, wird darunter ein Zustand beschrieben, welcher als allgemein rechtmäßig oder berechtigt gilt (vgl. Kempcke 2000: 617).

Übertragen auf die politische Sphäre lässt sich eine Einteilung in zwei grundlegende Formen der Legitimität vornehmen. Die empirische Legitimität, welche Vorstellungen und Ansichten von Personen über die Ausübung politischer Autorität beschreibt (vgl. Stanford Encyclopedia of Philosophy 2017). Dieses Verständnis von Legitimität basiert auf den Vorstellungen des Soziologen Max Weber, der ein politisches Regierungssystem für legitim erachtet, wenn die beteiligten Akteure bestimmte Vorstellungen mit diesem verbinden (vgl. ebd.).

Damit grenzt sich diese Form der Legitimität von der zweiten Form, dem normativen Verständnis ab. Betrachtet man den Begriff vor einem normativen Hintergrund geht es um die allgemeine Akzeptanz und Rechtfertigung von politischen Regierungssystemen (vgl. Tallberg et al. 2018: 8). In diesem Sinne wird das Vorhandensein von Legitimität dahingehend beurteilt, inwiefern gesellschaftliche Normen wie Gerechtigkeit und Fairness von einer politischen Autorität erfüllt werden (vgl. ebd.: 8). Für den Kontext dieser Arbeit ist ausschließlich der empirische Legitimitätsbegriff relevant. Dies wird in den folgenden Kapiteln konkretisiert werden.

Aufbauend auf dem empirischen Verständnis von Legitimität hat sich in der Auseinandersetzung mit internationalen Institutionen der Begriff der soziologischen Legitimität etabliert (vgl. u.a. Tallberg et al. 2018). In diesem Fall wird die Legitimität einer internationalen Institution durch das Zusammenspiel von der zu legitimierenden Einheit, einer internationalen Institution, und den Legitimitätsüberzeugungen verschiedener Akteure geprägt (vgl. Suchmann 1995: 574). Dabei setzt dieses Verständnis von Legitimität genauer an den Gründen und Prozessen an, die dazu beitragen, dass eine autoritätsstiftende Institution von der ihr zugehörigen Zielgruppe als legitim wahrgenommen wird (vgl. Tallberg et al. 2018:8).

Wie das Konzept der politischen Legitimität mit der zunehmenden Autorität internationaler Institutionen und deren Politisierung in Verbindung steht, soll im folgenden Abschnitt dargestellt werden.

2.2 Autorität und Legitimität

Wie bereits aus dem vorherigen Kapitel deutlich geworden ist, hat sich im Zuge der zunehmenden Autorität der EU ihre grundsätzliche Beschaffenheit geändert. Die EU nimmt mittlerweile als politischer Akteur zentrale Herrschaftsaufgaben wahr und fungiert nicht ausschließlich als Institution, die sich mit der Problemlösung beschäftigt (vgl. Zürn 2006: 244). Durch die in Folge des Politisierungsprozesses gestiegene Aufmerksamkeit wird die EU zunehmend auf Grundlage „[...] legitimen Regierens [...]“ (ebd.: 244) bewertet. Durch die mit der Politisierung verbundenen Mechanismen, wie beispielsweise die Zunahme öffentlicher Diskurse, (vgl. Zürn et al. 2012: 74), werden in gleicher Weise Forderungen nach der angemessenen Ausübung dieser zunehmenden Autorität impliziert (vgl. Rauh et al. 2020: 400).

Eine internationale Institution erscheint nicht automatisch als legitim, sobald diese mehr Autorität besitzt. Bei einem genaueren Blick auf die Bedeutung der beiden Begriffe wird deutlich, dass eine Institution Autorität besitzt, sobald diese allgemeingültige Entscheidungen treffen kann und die jeweiligen Adressaten die grundsätzliche Politik anerkennen (vgl. Zürn et al. 2012: 82f.). Dies impliziert nicht, dass diese Autorität im Sinne des empirischen Verständnisses von Legitimität angemessen ausgeführt wird (vgl. Tallberg et al. 2018: 8 & Zürn et al. 2012: 82f.).

Die Differenzierung der beiden Begriffe verdeutlicht, dass die Beurteilung einer internationalen Institution hinsichtlich ihrer Legitimität erst erfolgt, sobald diese über ein erhöhtes Maß an Autorität verfügt (Tallberg & Zürn 2019: 586).

2.3 Bedeutung und Funktion für internationale Institutionen

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Legitimitätsanforderungen an die EU im Kontext ihrer Politisierung bleibt die Frage nach der eigentlichen Bedeutung von Legitimität. Hierdurch soll ersichtlich werden, weshalb internationale Institutionen, wie die EU, auf ein ausreichendes Maß an Legitimität angewiesen sind.

Für internationale Institutionen stellt das Vorhandensein von Legitimität eine wichtige Eigenschaft dar, um deren Arbeitsweise sicherzustellen (vgl. Zürn & Stephen 2010: 93). Unter Berücksichtigung auf das in Kapitel 2.1 vorgestellte Verständnis von empirischer Legitimität können sich internationale Organisationen durch die Zusicherung der angemessenen Ausübung ihrer Autorität in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich besser behaupten und haben somit die Möglichkeit, dem Bewältigen von globalen Herausforderungen nachzugehen (vgl. Reus-Smit 2007: 158 & Zürn & Stephen 2010: 93).

Weiterhin beeinflusst das Vorhandensein von Legitimität die grundsätzliche Wirksamkeit einer internationalen Institution innerhalb der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Beschaffenheit internationaler Beziehungen von der reinen Interaktion souveräner Staaten in Richtung eines unter dem Begriff „[...] Global Governance [...]“ (Dingwerth & Pattberg 2006: 381) verstandenen Systems entwickelt. In diesem System des globalen Regierens wird die Bedeutung von internationalen Institutionen und nichtstaatlichen Akteuren bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme hervorgehoben. (vgl. ebd. 381ff.). Hierbei können sich internationale Institutionen bei der Durchsetzung und vor allem der Einhaltung von internationalen Regelungen nur behaupten, wenn diese über ein ausreichendes Maß an Legitimität verfügen (vgl. Tallberg & Zürn 2019: 582). Legitime Institutionen können dadurch für die langfristige Einhaltung von Vorschriften innerhalb des Global Governance Systems sorgen, da durch ein ausreichendes Maß an Legitimität die normative Angemessenheit der getroffenen Beschlüsse und Entscheidungen suggeriert wird (vgl. Zaum 2016: 6).

Auch unter Bezugnahme des empirisch-soziologischen Legitimitätsbegriffs wird ersichtlich, dass Institutionen, die von Bürger*innen, nichtstaatlichen Akteuren und den nationalen Regierungen als legitim eingestuft werden, als sinnvoller und vertrauenswürdiger erachtet werden (vgl. Suchman 1995: 575).

Durch die Bedeutung von Legitimität für die Existenz internationaler Institutionen soll im folgenden Abschnitt dieses Kapitels auf einige Typologien aus dem Bereich der Legitimitätsforschung verwiesen werden, welche die genauen Mechanismen der Legitimitätswahrnehmung von internationalen Institutionen erläutern. In Anknüpfung daran wird das Konzept der Legitimation vorgestellt.

2.4 Legitimitätswahrnehmung und Legitimation

Aufgrund der strukturellen Veränderungen der Weltpolitik im Zuge der zunehmenden Globalisierung hin zu einem Global Governance System, in dem internationale Institutionen eine zentrale Rolle einnehmen, wird deren Legitimität von einem vielfältigen Publikum begutachtet (vgl. Dingwerth & Pattberg 2006: 381ff.). Neben den Nationalstaaten, Nichtregierungsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren besitzt die breite Bevölkerungsschicht ebenfalls Vorstellungen hinsichtlich der angemessenen Ausführung von Legitimität durch internationale Institutionen (vgl. Tallberg et al. 2018: 9).

Doch welche konkreten Faktoren beeinflussen die Legitimitätsvorstellungen von Bürger*innen? Hierbei haben in den vergangenen Jahren verschiedene Forschungsvorhaben unterschiedliche Mechanismen herausgearbeitet. So gibt es beispielsweise Ansätze, welche den Einfluss von individuellen Faktoren, wie dem politischen Wissen, der Identität und bestimmten Wertevorstellungen, auf die jeweiligen Legitimitätsvorstellungen beschreiben (vgl. Dellmuth 2018). Auch das Heranziehen von Kosten-Nutzen-Bewertungsschemata kann die Legitimitätsvorstellungen hinsichtlich einer internationalen Institution beeinflussen (vgl. Dellmuth & Schlipphak 2020: 933). Im Vordergrund des theoretischen Arguments der Arbeit sollen die institutionellen Eigenschaften einer internationalen Institution liegen und wie sich deren Ausgestaltung auf die Legitimitätsvorstellungen von Bürger*innen auswirkt (vgl. Tallberg & Zürn 2019: 589ff.). Das damit verbundenen theoretische Konzept von Lisa Dellmuth und ihren Mitautoren stellt eine relevante Ausgangsbasis für die weiteren Überlegungen dar (vgl. Dellmuth et al. 2019).

Die Basis für diese Überlegungen legte Fritz W. Scharpf mit den beiden Begriffen der *Input und Output Legitimität* (vgl. Schmidt 2013: 4). Unter der *Input Dimension* werden die Entscheidungsprozesse innerhalb einer Institution verstanden und inwiefern diese hinsichtlich der demokratischen Ausgestaltung zu begutachten sind. Die *Output Dimension* verweist auf die getroffenen Entscheidungen und beschlossenen Maßnahmen einer internationalen Institution. Beide Dimension stellen damit eine Basis für die

Legitimitätswahrnehmung dar und orientieren sich hierbei an demokratischen Wertevorstellungen, weshalb in diesem Kontext auch der Begriff der demokratischen Legitimität verwendet wird (vgl. Schmidt 2013: 4).

Aufbauend auf diesen beiden Begriffen wird in verschiedenen theoretischen Konzeptionen (u.a. Dellmuth et al. 2019 & Dellmuth & Tallberg 2015) die *Input-Dimension* mit den *Verfahren* und die *Output Dimension* mit der empirisch erfahrbaren *Leistung* einer internationalen Institution verbunden (vgl. Dellmuth et al. 2019: 630f.).

Mittlerweile existiert ein breites Spektrum an theoretischen Konzeptionen, welche verschiedene institutionelle Einflussfaktoren für die Legitimitätswahrnehmung herausgearbeitet haben. Die Autor*innen Dellmuth et al. haben eine Typologie entworfen, bei der die beiden Dimensionen „Procedure“ (Dellmuth et al. 2019: 633) und „Performance“ (ebd.: 633) als institutionelle Komponenten einer Institution genannt werden, die einen Einfluss auf die Legitimitätswahrnehmung haben (vgl. ebd.: 632ff.). Hierfür sind für den weiteren Kontext besonders die Kategorien „[...]democratic procedure and performance[...]“ und „[...]technocratic procedure and performance (ebd.: 633) von Bedeutung. Der ersten Kategorie können Mechanismen zugewiesen werden wie das Vorhandensein von Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Institution oder die Förderung von demokratischen Strukturen innerhalb des institutionellen Aufbaus beabsichtigen (vgl. Dellmuth et al. 2019: 634). Die zweite Kategorie verweist auf die Effizienz der Entscheidungsprozesse, aber auch auf die möglichen Vorteile, die mit den beschlossenen Entscheidungen einhergehen (vgl. Dellmuth et al. 2019: 635). In Anknüpfung an den Einfluss der Partizipationsmöglichkeiten zeigt sich, dass vor allem die gestiegenen Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft eine positive Wirkung auf die Legitimität internationaler Institutionen haben können (vgl. Bernauer & Gampfer 2013: 448).

Im Bereich der *Output Legitimität* wird ebenfalls auf den Einfluss der positiven Wirkung der erfolgreichen Problemlösung durch internationale Institutionen verwiesen (vgl. Tallberg et al. 2018: 9). Demnach stellt die Sichtbarkeit erfolgreicher Entscheidungen eine Basis für die Legitimitätsüberzeugungen der breiten Bevölkerung dar (vgl. ebd.: 9).

Aufgrund der Tatsache, dass die Legitimitätswahrnehmung von internationalen Institutionen durch deren institutionelle Ausgestaltung beeinflusst wird (vgl. Dellmuth et al. 2019: 631ff.), kann dieser Zusammenhang für die aktive und intentionale Beeinflussung der jeweiligen Legitimitätsvorstellungen genutzt werden. Darauf bezieht sich das Konzept der Legitimation. Dieses Konzept beschreibt den Vorgang, bei dem die Legitimitätsvorstellungen von Akteuren durch bestimmte Zustände oder Handlungen in eine positive Richtung gelenkt werden sollen (vgl. Tallberg & Zürn 2019: 588).

Es handelt sich hierbei, auf Basis des empirisch-soziologischen Legitimitätsbegriffs, um die Rechtfertigung der angemessenen Ausführung von Autorität internationaler Institutionen (vgl. Dellmuth & Tallberg 2015: 454f.). Bei der Anfechtung dieser Autorität kann im Gegenzug von Delegation gesprochen werden (vgl. Bäckstrand & Söderbaum 2018: 103). Dabei können beide Prozesse durch die internationale Institution selbst initiiert werden (*top-down*) oder durch die mit ihr verbundenen Akteure wie Nationalstaaten, zivilgesellschaftliche Akteure oder die breite Bevölkerung (*bottom-up*) (vgl. Gronau & Schmidtke 2016: 104f.).

Mit Verweis auf die Fragestellung der Arbeit soll durch das bereits erwähnte methodische Vorgehen der Schwerpunkt auf der Legitimation durch eine internationale Institution liegen (*top-down* – *Mechanismus*; vgl. ebd.: 104f.).

Innerhalb des Verständnisses von Legitimation deutet der Begriff der Legitimationsstrategie auf die Intentionalität und die Zweckgebundenheit hin, da es sich um „[...] goal-oriented activities employed to establish and maintain a reliable basis of diffuse support for a political regime by its social constituencies.“ (Gronau & Schmidtke 2016: 540) handelt.

In der Literatur, die sich mit der Legitimation und Delegation internationaler Institutionen beschäftigt, wurden einige theoretische Konzeptionen vorgelegt, welche sich mit konkreten Faktoren beschäftigen, die den Prozess der Legitimation bestimmen (u.a. Bäckstrand & Söderbaum 2018). Dabei zeigt sich im Einklang mit den Ausführungen zu den institutionellen Quellen für die Legitimitätswahrnehmung internationaler Institutionen (Dellmuth et al. 2019), dass intentional hervorgebrachte institutionelle Änderungen von Seiten der Entscheidungsträger ein wirkungsvolles Mittel zur Steigerung der Legitimitätswahrnehmung sein können (vgl. Bäckstrand & Söderbaum 2018: 110). Bei den damit verbundenen Praktiken oder Strategien handelt es sich bspw. um Initiativen zur Steigerung der Transparenz oder um Programme, welche die allgemeine Beteiligung der Zivilgesellschaft fördern (vgl. Bäckstrand & Söderbaum 2018: 110). Oftmals können solche institutionellen Strategien durch diskursive Praktiken unterstützt werden, wobei vor allem durch sprachliche Narrative die Selbstrechtfertigung der ausgeübten Autorität unterstützt wird (vgl. ebd.: 110).

2.5 Stellenwert öffentlicher Kommunikation

Aufgrund des verwendeten Forschungsdesigns der Arbeit und der Materialgrundlage bietet es sich an, die Rolle und Funktion der öffentlichen Kommunikation internationaler Institutionen im Zusammenhang mit der wahrgenommenen Legitimität herauszuarbeiten.

Mit der öffentlichen Kommunikation einer internationalen Institution sind Tätigkeiten gemeint, die eine Institution nutzt, um die mit ihr verbundenen Akteure und die breite Bevölkerung über bestimmte Entscheidungen und allgemeine Informationen in

Kenntnis zu setzen (vgl. Valentini & Nesti 2010: 6). Weiterhin bietet dieser Kommunikationsweg einer internationalen Institution die Möglichkeit, sich auf Basis der Ausführungen aus dem vorherigen Unterkapitel (s. Kap. 2.4) gegenüber der breiten Bevölkerung und anderen Akteuren des Global Governance Systems zu legitimieren (vgl. ebd.: 6). Insofern kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass internationale Institutionen wie die EU ihre Kommunikationspolitik so gestalten, dass diese Praktiken und Strategien der Legitimation enthalten (vgl. Ecker-Erhardt 2017: 526). Die wesentliche Kommunikationspolitik zwischen der EU und der europäischen Bevölkerung wird durch die europäische Kommission und das Europäische Parlament gesteuert (vgl. Europäisches Parlament 2023). Besonders zu Beginn der Jahrtausendwende wurde die Kommunikationsstrategie der EU umfassend erneuert mit dem hauptsächlichen Ziel, das bestehende Informationsdefizit innerhalb der europäischen Bevölkerung in Bezug auf die EU abzubauen (vgl. Nissen 2010: 457ff.).

3 Theoretisches Argument und Arbeitshypothese

Die bestehenden Ausführungen des zweiten und dritten Kapitels der Arbeit dienen der Erläuterung und Einführung in die ausschlaggebenden theoretischen Konzepte und Überlegungen, die für das Thema der Arbeit und die damit verbundene Forschungsfrage relevant sind. Bevor im weiteren Verlauf die eigentliche Analyse der Kommunikationspolitik der EU durchgeführt wird, soll im Vorhinein das dafür geltende theoretische Argument skizziert werden, was sich im Wesentlichen aus den vorherigen Ausführungen zusammensetzt.

Wie bereits zu Beginn des zweiten Kapitels ausgeführt wurde, werden internationale Institutionen durch deren zunehmende Autorität politisiert, was in einer Auseinandersetzung über deren Funktion und ebenfalls in deren Anfechtung resultiert (s. Kap. 2.1). Die Europäische Union ist von dieser Entwicklung im Zuge der vertieften Integration seit den 1990er Jahren ebenfalls betroffen, was sich in der zunehmenden Polarisierung ihrer generellen Rolle äußert (s. Kap. 2.2).

Eine Folge, die mit der Politisierung internationaler Institutionen verbunden ist, sind die daraus resultierenden Legitimitätsanforderungen und die damit verbundene Beurteilung der breiten Bevölkerung über die angemessene Ausübung dieser gestiegenen Autorität (s. Kap. 3). Aufgrund der hohen Bedeutung, welche die politische Legitimität für internationale Institutionen darstellt (s. Kap. 3.3), ist ein ausreichendes Maß an Legitimität für die Erfüllung ihrer Funktion relevant.

Aufgrund des Zusammenhangs zwischen der institutionellen Ausgestaltung internationaler Institutionen und der damit verbundenen Legitimitätswahrnehmung der breiten Bevölkerung bedienen sich internationale Institutionen intentionaler Praktiken und Strategien, welche ihre Legitimitätswahrnehmung steigern sollen (s. Kap. 3.4). Dabei

können auf Basis des Prinzips der *Input- und Output-Legitimität* verschiedene Arten von Legitimationsstrategien identifiziert werden. So werden von internationalen Institutionen oft rein institutionelle oder diskursive Legitimationsstrategien verwendet (s. Kap. 3.4). Eine Möglichkeit, diese Strategien und Praktiken der breiten Bevölkerung zu vermitteln, besteht in der öffentlichen Kommunikation. (s. Kap. 3.5).

Auf Grundlage dieser Zusammenhänge wird folgende Arbeitshypothese für das methodische Vorgehen formuliert:

Arbeitshypothese: *Die aktuelle Kommunikationspolitik der EU wird aufgrund der zunehmenden Politisierung der EU unterschiedliche institutionelle und diskursive Legitimationsstrategien enthalten, die auf eine Beeinflussung der Legitimitätswahrnehmung gegenüber der breiten Bevölkerung abzielen.*

III Methodik

In diesem Teil der Arbeit werden die mit der gewählten Methode verbundenen Aspekte genauer erläutert. Dabei wird zunächst das generelle Vorgehen aufgezeigt. Weiterhin wird überblicksartig auf Forschungsvorhaben mit einem ähnlichen Untersuchungsgegenstand verwiesen, um den Stellenwert des gewählten Vorhabens hervorzuheben. Nach einem kurzen Überblick über das verwendete Material werden die für die Methode gewählten Kriterien begründet und operationalisiert.

1 Vorgehen

Das geplante Vorgehen im Hinblick auf die Methodik gestaltet sich dabei wie folgt: Auf Basis des theoretischen Arguments, welches durch die theoretischen Basiskonzepte entwickelt wurde (s. Teil II, Kap. 2 und 3), sollen Kriterien entwickelt werden. Diese Kriterien basieren auf den theoretischen Annahmen zur Legitimitätswahrnehmung internationaler Institutionen auf Basis ihrer institutionellen Ausgestaltung (s. Teil

II, Kap. 3.4). Weiterhin ist bei der Auswahl und Operationalisierung der Kriterien das Konzept der Legitimation relevant (vgl. Tallberg & Zürn 2019: 588).

Auf dieser Basis sollen aktuelle Kommunikationselemente der Europäischen Union anhand der formulierten Kriterien in Form einer kriterienorientierten Inhaltsanalyse genauer untersucht werden, um die aus dem theoretischen Argument entwickelte Arbeitshypothese zu prüfen und die Fragestellung der Arbeit („*Durch den Gebrauch welcher Legitimationsstrategien versucht sich die Europäische Union gegenüber den Bürger*innen der Europäischen Union im Zuge der aktuellen Kommunikationspolitik zu legitimieren?*“) zu beantworten. Dabei wird auf Primärquellen der EU zurückgegriffen, bei denen es sich maßgeblich um die jeweiligen Portale und Internetpräsenzen der Kommunikationselemente auf den öffentlich zugänglichen Seiten der EU handelt. Weiterhin wird auf die offiziellen Verordnungen der jeweiligen Elemente zurückgegriffen.

Hierbei wird sich auf die Kommunikationselemente, die durch die europäische Kommission und das europäische Parlament verantwortet werden, beschränkt, da diese EU-Institutionen einen großen Teil der bestehenden Kommunikationspolitik der gesamten EU zu verantworten haben (vgl. Kommunikationspolitik o. D.; Nissen 2010: 457ff.).

2 Überblick über bisherige Forschungsvorhaben

Im Gegenstandsbereich des Forschungsvorhabens dieser Arbeit gibt es innerhalb der Literatur einige Arbeiten, die sich damit in Verbindung bringen lassen.

Im Bereich der Kommunikationspolitik der EU beschäftigen sich einige Vorhaben mit der öffentlichen Kommunikation der europäischen Kommission (vgl. u.a. Altides 2009; Brüggemann 2010; Biegoń, 2013; Rauh et al. 2020 & Rauh 2022). Dabei nimmt die europäische Kommission innerhalb der Koordinierung der Kommunikationsstrategie der gesamten EU eine zentrale Rolle ein (vgl. Nissen 2010: 457ff.).

Die Autoren Valentini und Nesti beschäftigen sich dabei mit der historischen Entwicklung der Kommunikationspolitik der Kommission innerhalb eines Zeitraums von 60 Jahren (vgl. Valentini & Nesti 2010: 9f.). Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf den verwendeten Kommunikationselementen und die Verknüpfung zur Legitimität der EU. (vgl. ebd.: 7ff.).

Mit einem ähnlichen Forschungsgegenstand beschäftigt sich Christina Altides (2009) in ihrer Arbeit. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der EU bei einem gleichzeitigen Informationsdefizit innerhalb der europäischen Bevölkerung werden die zu dem Zeitraum der Veröffentlichung vorherrschenden öffentlichen Kommunikationsstrategien von der europäischen Kommission und dem europäischen Parlament

genauer untersucht (vgl. Altides 2009: 2ff.). Dabei konnte grundsätzlich festgestellt werden, dass besonders im Zeitraum um die Jahrtausendwende die öffentliche Kommunikationspolitik der beiden EU-Institutionen nennenswert ausgebaut wurde (vgl. ebd.: 201). Weiterhin gibt es Forschungsansätze, die sich besonders auf die sprachlichen Aspekte der öffentlichen Kommunikation fokussieren. So untersuchte Christian Rauh (2022) nahezu 45.000 Pressemitteilungen der Europäischen Kommission in dem Zeitraum zwischen 1985 und 2020 und stellte dabei fest, dass der Sprachgebrauch der Kommission von einem zu hohen Maß an Komplexität und Technokratie geprägt ist (vgl. Rauh 2022: 1). Zuvor haben sich die Autoren Rauh et al. (2020) mit der öffentlichen Kommunikation von verschiedenen Akteuren der Exekutive der EU beschäftigt. Sie konnten dabei feststellen, dass im Zuge der steigenden Politisierung der EU und der damit in Verbindung stehenden Euroskepsis besonders die Vertreter der EU-Kommission die Rolle der EU öffentlich verteidigen (vgl. Rauh et al. 2020: 417f.).

Eine weitere wichtige Grundlage für das Forschungsdesign dieser Arbeit bietet die Studie von Matthias Ecker-Erhardt, welche sich mit der zunehmenden Zentralisierung und Professionalisierung der öffentlichen Kommunikation internationaler Institutionen beschäftigte (vgl. Ecker-Ehrhardt 2018). Hierbei bestätigte sich durch die quantitative Auswertung der öffentlichen Kommunikationsweise internationaler Institutionen über einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren, dass die Einrichtung professioneller und zentraler Kommunikationsabteilungen an der damit verbundenen Selbstlegitimation und der Aufrechterhaltung der Autorität liegt (vgl. Ecker-Ehrhardt 2018: 521f.).

Eine damit vergleichbare Vorgehensweise wählte Dominika Biegoń, indem sie durch eine Längsschnittanalyse der Kommunikationsweise der EU-Kommission zwischen 1973 und 1994 verschiedene Narrative herausarbeitete, die anschließend entsprechenden Legitimationsstrategien zugeordnet wurden (vgl. Biegoń 2013:194).

Damit lässt sich die Beschäftigung mit der öffentlichen Kommunikation der EU, welche maßgeblich durch die Kommission gesteuert und verantwortet wird, als einen einschlägigen Forschungsgegenstand charakterisieren. Viele der Vorhaben legen dabei den Schwerpunkt auf die langfristige Entwicklung der Kommunikationspolitik oder fokussieren sich auf rein sprachliche Aspekte (vgl. u.a. Biegoń 2013:194; vgl. Rauh 2022: 1).

Das methodische Vorgehen dieser Arbeit grenzt sich dabei in folgenden Punkten von den aufgeführten Arbeiten ab. Zunächst handelt es sich um ein rein qualitatives Verfahren. Außerdem beschränkt sich das Vorgehen auf die Prüfung von institutionellen und diskursiven Legitimationsstrategien. Weiterhin werden ausschließlich einige der aktuellen Kommunikationselemente der EU aus dem Jahre 2023 untersucht.

3 Materialgrundlage: Aktuelle Kommunikationselemente der EU

Die aktuelle Kommunikationspolitik der EU setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen. Dabei gibt es grundlegende Informationsmöglichkeiten, die sich mittlerweile vor allem im Bereich der Internetpräsenz wiederfinden, und spezifische Programme und Initiativen, die in den letzten Jahren entwickelt worden sind (vgl. Kommunikationspolitik o. D.). Wie bereits erwähnt wurde, wird mittlerweile ein großer Teil der öffentlichen Kommunikation der EU von der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission verantwortet (vgl. Kommunikation o. D.). Weiterhin werden einige Kommunikationsangebote vom Europäischen Parlament koordiniert (vgl. Kommunikationspolitik o.D.).

3.1 Allgemeine Maßnahmen und Instrumente

Es gibt in Bezug auf den direkten und persönlichen Kontakt von Bürger*innen zu der EU die Möglichkeit, direkte Anfragen an das Europäische Parlament zu stellen. Unter dem Programmnamen „AskEP“ werden diese Anfragen innerhalb von 10 Werktagen beantwortet. Alle Bürger*innen könne hierbei allgemeine Fragen in schriftlicher Form zu verschiedenen Themen der EU stellen (vgl. Schreiben Sie uns; Formulare; Europäisches Parlament o. D.). Diese Möglichkeit bietet die Europäische Kommission ebenfalls an. Dabei können sowohl telefonisch als auch per E-Mail Fragen zu allgemeinen Sachinformationen bezüglich der EU gestellt werden. Das Angebot beschränkt sich dabei nicht ausschließlich auf die Institutionen, welche die Fragen entgegennehmen, sondern betrifft Belange der gesamten EU (vgl. So erreichen Sie uns; Europäische Union o. D.).

Weiterhin gibt es eine offizielle Informationsseite der EU, auf der Informationen über die verschiedensten Aspekte bereitgestellt werden (vgl. Ihr Portal zur EU, Aktuelles, Schwerpunktthemen; Europäische Union o. D.).

Außerdem gibt es die Möglichkeit, audiovisuelle Medienangebote der Kommission (vgl. EC AV PORTAL o. D.) und des europäischen Parlaments (vgl. Europäisches Parlament 2023) in Anspruch zu nehmen. Diese Angebote stellen Nachrichtensendungen, Live-Übertragungen und Videos von offiziellen Mitteilungen bereit (vgl. ebd.).

Im Kontext der letzten Wahl zum Europäischen Parlament im Jahre 2019 wurde vom Europäischen Parlament die interaktive Internetseite „*Das tut die EU für mich*“ (vgl. What Europe does for me - #EUandME o. D.) eingerichtet. Diese interaktiv gestaltete Plattform informiert hauptsächlich über die Vorteile, die mit der EU verbunden sind. So werden bspw. konkrete Errungenschaften wie geförderte Projekte von der EU für die eigene Region vorgestellt. Auch alltägliche Aspekte wie der Europäische Binnenmarkt werden dort thematisiert (vgl. ebd. o.D.).

3.2 Programme und Initiativen

Das von der Kommission und dem europäischen Parlament verantwortete Kommunikationsspektrum schließt ebenfalls einige gesonderte Programme und Initiativen ein. Die europäische Kommission bietet allen Bürger*innen der EU über das Portal *„Ihre Meinung zählt“* die Möglichkeit, ihre Meinung zu geplanten Rechtsvorschriften der Kommission abzugeben (vgl. European Commission - Have your say o. D. & Kommunikationspolitik o. D.) Die Meinungsbeiträge werden unter Einhaltung von bestimmten Feedback-Regeln in einem Forum veröffentlicht (vgl. ebd. o.D.).

Im Jahr 2014 initiierte die Kommission das Programm *„Europa für Bürgerinnen und Bürger“*. Mit diesem Programm unterstützt die Kommission vor allem durch finanzielle Mittel von europäischen Bürger*innen organisierte Programme (vgl. Programm *„Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“* o. D.). Diese Programme sollten sich zum einem mit dem Geschichtsbewusstsein der EU und ihrem Gründungszweck auseinandersetzen, aber vor allem auch Aktivitäten fördern, die das demokratische Engagement und die Bürgerbeteiligung der EU-Bürger*innen stärken sollen (vgl. Europäische Kommission 2019: 3). Das Programm wurde im Jahr 2021 durch das Programm *„Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“* abgelöst (vgl. Programm *„Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“* o. D.).

Weiterhin besteht mit der Europäischen Bürgerinitiative seit dem Jahr 2012 die Möglichkeit für alle EU-Bürger*innen, sich durch den Zusammenschluss mit anderen Bürger*innen aktiv in den Rechtsverordnungsprozess der Kommission und dem Europäischen Parlament einzubringen (vgl. Amtsblatt der Europäischen Union 2011: 1.). Durch den Zusammenschluss von mindestens sieben EU-Bürger*innen aus verschiedenen Mitgliedsstaaten können bei der entsprechenden Anzahl an Unterstützungsbekundungen die Vorschläge für mögliche Rechtsverordnungen an die Europäische Kommission vorgelegt werden (vgl. ebd.: 6.). Falls alle Voraussetzungen erfüllt werden, entscheidet die Kommission über das weitere Vorgehen und ob über den eingereichten Vorschlag im Europäischen Parlament beratschlagt wird (vgl. ebd.: 7.).

Die vorgestellten Kommunikationselemente werden im nächsten Teil der Arbeit unter Berücksichtigung der zuvor aufgestellten Kriterien genauer analysiert, um der Beantwortung der Forschungsfrage nachzukommen. Dafür wird im nächsten Kapitel die Auswahl der Kriterien begründet und abschließend für das methodische Vorgehen entsprechend operationalisiert.

4 Begründung & Operationalisierung der Kriterien

Die Kriterien setzen an theoretischen Überlegungen aus dem Bereich der Legitimitätsforschung an, welche sich mit Möglichkeiten beschäftigen, wie eine internationale Institution ihre Legitimitätswahrnehmung gegenüber der breiten Bevölkerung steigern kann (vgl. Dellmuth & Tallberg 2015: 454f.). Konkret handelt es sich um die Umsetzung von bestimmten Legitimationsstrategien (vgl. Gronau & Schmidtke 2016: 540), deren Vorhandensein durch die Untersuchung der bereits vorgestellten Kommunikationselemente (s. Kap. 3) überprüft werden soll.

Von besonderer Bedeutung ist bei der Auswahl der Kriterien die Legitimitätswahrnehmung internationaler Institutionen auf Basis ihrer institutionellen Ausgestaltung (vgl. Tallberg & Zürn 2019: 589ff.). In Verbindung mit dem einschlägigen Konzept der *Input- und Output-Legitimität* und relevanten Typologien, die sich mit der institutionellen Legitimation auseinandersetzen, werden die dafür notwendigen Kriterien begründet (vgl. Bäckstrand & Söderbaum 2018: 110; Dellmuth et al. 2019: 634ff. & Schmidt 2013: 4). Durch die anschließende Operationalisierung soll ein geeignetes Verfahren konstruiert werden, um das Vorhandensein von möglichen Legitimationsstrategien zu prüfen (s. Abb. 1).

- **1. Kriterium: Partizipation der Zivilgesellschaft**

Dieses Kriterium bezieht sich auf die *Input-Dimension* der institutionellen Legitimitätswahrnehmung (vgl. Schmidt 2013: 4). In Verbindung mit dem Ansatz von Lisa Dellmuth und ihren Mitautoren stellt diese eine Möglichkeit dar, die Legitimitätswahrnehmung von der Institution aus positiv zu beeinflussen (vgl. Dellmuth et al. 2019). In diesem Fall handelt es sich um die Möglichkeit, durch eine Zunahme der Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft die demokratischen Verfahren innerhalb der Institution auszubauen (vgl. Dellmuth et al. 2019: 634).

Somit werden in den verschiedenen Kommunikationselemente Rahmenbedingungen und Praktiken, welche die breite Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse der EU in jeglicher Art und Weise mit einbeziehen, als Hinweise auf die Übereinstimmung mit dem Kriterium angesehen (vgl. Dellmuth et al. 2019: 634). Zusätzlich wird dieses Kriterium ebenfalls als erfüllt angesehen, wenn die entsprechenden Kommunikationsmittel Möglichkeiten enthalten, durch die die Zivilgesellschaft an der Formulierung und Überprüfung von Entscheidungen der EU involviert ist (vgl. ebd.: 634).

- **2. Kriterium: Transparenz**

Auch dieses Kriterium steht in Verbindung mit der *Input-Dimension* (vgl. Schmidt 2013: 4). Dabei knüpft es an den Zusammenhang an, dass durch eine Intensivierung der zur Verfügung stehenden Informationsmöglichkeiten die Transparenz einer internationalen Institution gesteigert werden kann und im Zuge damit auch die Legitimität der Institution. Hierdurch wird besonders die demokratische Legitimität beeinflusst (vgl. Héritier 2003: 829ff.).

Insofern wird darauf geachtet, inwiefern ein Schwerpunkt der jeweiligen Kommunikationselemente in der Vermittlung von spezifischen Informationen besteht. Hierbei ist beispielsweise die Vermittlung von Informationen möglich, die über den Aufbau der EU-Institutionen, allgemeine Informationen oder über aktuelle Beschlüsse und Maßnahmen der EU berichten (passiver Zugang zu Informationen) (vgl. Héritier 2003: 821). Weiterhin wird mit diesem Kriterium ebenfalls die Möglichkeit in Verbindung gebracht, inwiefern die breite Bevölkerung offiziellen Stellen der EU Informationen und Forderungen übermitteln kann und diese durch die EU berücksichtigt werden (aktiver Zugang zu Informationen) (vgl. ebd.: 821).

- **3. Kriterium: Vorteile und problemlösende Aspekte**

Das dritte Kriterium zielt auf die generellen Vorteile und problemlösenden Aspekte ab, die durch das Wirken internationaler Institutionen geschaffen werden (vgl. Dellmuth et al. 2019: 635). Dabei zeigt sich, dass der Verweis auf die Wirksamkeit von politischen Handlungen oder die Benennung von konkreten Vorteilen für die Gesellschaft positive Auswirkungen auf die Legitimitätswahrnehmung der Institution hat (vgl. ebd.: 635). Zusätzlich bildet die Wahrnehmung der Problemlösung durch eine internationale Institution eine Basis für die Legitimitätsüberzeugungen der breiten Bevölkerung (vgl. Scholte & Tallberg 2018: 9).

Auf Grundlage der Begründung für dieses Kriterium sollen die folgenden Aspekte auf die Erfüllung des Kriteriums hinweisen. Die Kommunikationselemente werden dahingehend untersucht, inwiefern auf allgemeine Vorteile im Zusammenhang mit der EU verwiesen wird (vgl. Dellmuth et al. 2019: 635). Dies können beispielsweise von der EU verabschiedete Maßnahmen sein, die für alle EU-Bürger*innen einen erfahrbaren Vorteil darstellen. Möglich ist ebenfalls die Betonung der Wirksamkeit von bestimmten Errungenschaften, welche maßgeblich durch die EU zu verantworten sind (vgl. ebd.: 635). Auch bei der Benennung von konkreten Herausforderungen, welche durch die EU erfolgreich bewältigt wurden, wird das Kriterium als erfüllt angesehen.

- **4. Kriterium: Diskursiver Schwerpunkt**

Das letzte Kriterium zielt auf die sprachliche Ausdrucksweise innerhalb der Kommunikationselemente ab. Auf Basis der *Input- und Output-Dimension* der Legitimitätswahrnehmung internationaler Institutionen (vgl. Schmidt 2013: 4), soll das Vorhandensein diskursiver Legitimationsstrategien geprüft werden (vgl. Bäckstrand & Söderbaum 2018: 110; Schmidt 2013: 4). Dieser Bereich der Legitimationsstrategien betrachtet insbesondere die sprachliche Gestaltung bestimmter Textelemente, welche zur Legitimation eingesetzt werden (vgl. ebd.: 108).

Auf Basis eines Forschungsvorhabens von Pamela Pansardi und Francesco Battegazzore (2018) sollen zwei Narrative diskursiver Legitimationsstrategien geprüft werden. Der *Input-Dimension* kann das Narrativ der *Autorisierung* zugeordnet werden (vgl. ebd.: 6). Hierbei wird durch den Verweis auf die Autorität von bestimmten Gesetzen und allgemein anerkannten Traditionen versucht, die Legitimitätswahrnehmung zu beeinflussen (vgl. ebd.: 6, aus: Van Leeuwen 2007). Daraus abgeleitet werden die Kommunikationselemente besonders hinsichtlich der Betonung auf die allgemeine Stärkung der demokratischen Verfahren innerhalb der EU untersucht (vgl. Dellmuth et al. 2019: 634). Bezüglich der *Output-Dimension* handelt es sich um Narrative, die sich dem Gebiet der *Rationalisierung* zuordnen lassen (vgl. Pansardi & Battegazzore 2018: 6). Die Kommunikationselemente werden hierbei auf das Vorhandensein der sprachlichen Betonung vom generellen Nutzen der EU analysiert (vgl. Pansardi & Battegazzore 2018: 6, zitiert nach Van Leeuwen 2007).

Tabelle 1: Die verwendeten Kriterien mit der jeweils zugehörigen Operationalisierung; s. Teil III, Kap. 4 (eigene Darstellung)

	<u>Operationalisierung</u>
<u>Partizipation der Zivilgesellschaft</u>	Bürger*innen werden in politische Entscheidungsprozesse der EU eingebunden und wirken aktiv mit. Bürger*innen können getroffene Entscheidungen der politischen Entscheidungsträger überprüfen.
<u>Transparenz</u>	Umfassendes Informationsmaterial über die EU jeglicher Art für die breite Bevölkerung. Bürger*innen können mit Forderungen an offizielle Stellen der EU herantreten.
<u>Vorteile & problemlösende Aspekte</u>	Verweis auf konkrete Vorteile und Errungenschaften für die Bürger*innen, die durch das Handeln der EU sichtbar werden.
<u>Diskursiver Schwerpunkt</u>	Erfüllung von zwei Narrativen: Autorisierung: mit Bezug auf die demokratischen Verfahren innerhalb der EU. Rationalismus: Nutzen, der durch die EU für die Bürger*innen entsteht.

IV Ergebnisse

Auf Grundlage des vorherigen Teils, der die verschiedenen Aspekte des methodischen Vorgehens erläutert hat, sollen die zentralen Ergebnisse der Inhaltsanalyse vorgestellt werden. Dabei wird für jedes der vorgestellten Kriterien (s. Teil III, Kap. 4) die Verknüpfung mit den verschiedenen Kommunikationselementen verdeutlicht. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst.

1 Partizipation der Zivilgesellschaft

Die beiden Kommunikationselemente „AskEP“ und „Europe direct“ können bei der Verknüpfung mit den Kriterien zusammenhängend betrachtet werden, da beide Instrumente die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme von Bürger*innen mit der EU bieten (s. Teil III, Kap. 3).

Im Hinblick auf die Erfüllung des ersten Kriteriums lässt sich feststellen, dass es sich hierbei um reine Möglichkeiten der Kontaktaufnahme handelt, durch die Informationen eingeholt werden können (vgl. Schreiben Sie uns; Formulare; Europäisches Parlament o. D. & So erreichen Sie uns; Europäische Union o. D.). Dementsprechend lassen sich keine Hinweise finden, die auf eine stärkere Einbindung der europäischen Bürger*innen bei der Gestaltung der Politik der EU hindeuten. Der informative

Charakter der beiden Kommunikationsinstrumente zeigt sich vor allem anhand der Beschreibungen auf den zugehörigen Internetpräsenzen (vgl. ebd.). Bei beiden Elementen wird den Bürger*innen die Möglichkeit gegeben sich grundlegenden Sachinformationen über die Aufgaben, Maßnahmen oder bestimmte Institutionen einzuholen. Dies deutet auf eine Art der Informationsaufbereitung hin und nicht auf die Beteiligung der Bürger*innen an den politischen Prozessen der EU (vgl. ebd.).

Die offizielle Website der EU, „EUROPA“, stellt teilweise Verknüpfungen zu dem ersten Kriterium her. Grundsätzlich lässt sich die offizielle Internetpräsenz der EU als ein umfangreiches Kommunikationsinstrument betrachten, da auf der Seite viele unterschiedliche Informationen zur Verfügung gestellt werden (vgl. Ihr Portal zur EU, Aktuelles, Schwerpunktthemen; Europäische Union o. D.). Dadurch werden auf der Seite unter der Rubrik „Mitmachen, mitreden, wählen“ (ebd. o. D.) ebenfalls die Möglichkeiten vorgestellt, die den Besucher*innen der Seite über die allgemeinen Partizipationsmöglichkeiten für alle Bürger*innen aufklären. Zusätzlich wird auf die entsprechenden Programme, wie die Europäische Bürgerinitiative verwiesen. Dadurch besteht für alle Bürger*innen die Möglichkeit sich näher mit den Partizipationsmöglichkeiten und verschiedenen Programmen zu befassen (vgl. Mitmachen, mitreden, wählen – Ihre Rechte; Europäische Union o. D.).

Der Audiovisuelle Dienst der Europäischen Kommission und das Multimedia Zentrum des Parlaments können im Hinblick auf die Erfüllung des ersten Kriteriums zusammenhängend betrachtet werden. Dadurch, dass beide Kommunikationskanäle auf die einseitige Versorgung der Öffentlichkeit mit Videos und anderen Medienelementen ausgerichtet sind, werden keine Bezüge zu dem ersten Kriterium hergestellt (vgl. EC AV PORTAL o. D. & European Parliament Multimedia Centre o. D.). Dies liegt vor allem daran, dass die Inhalte der dort einsehbaren Medien auf allgemeine Neuigkeiten der EU ausgerichtet sind. Es lassen sich keine Inhalte identifizieren, die explizit auf die Partizipationsmöglichkeiten hinweisen oder in einer anderen Art und Weise den EU-Bürger*innen die Möglichkeit dazu geben (vgl. ebd. o. D.).

Auch die interaktive Internetseite „Das tut die EU für mich“ beabsichtigt nicht explizit die Möglichkeit, die EU-Bürger*innen aktiv an der Gestaltung der politischen Ziele der EU zu beteiligen. Weiterhin besteht durch die Konzipierung der Seite nicht die Möglichkeit, dass sich die Bürger*innen aktiv in Entscheidungen der EU miteinbeziehen können (vgl. What Europe does for me - #EUandME o. D.). In den drei Kategorien der Seite „In meiner Region“, „In meinem Leben“ und „Im Fokus“ (ebd.) wird nicht nennenswert auf die partizipativen Möglichkeiten der EU-Bürger*innen hingewiesen. Ferner werden innerhalb der drei Kategorien jeweils spezifische Vorteile benannt, die mit der EU verbunden sind (vgl. ebd.).

Das Programm „Ihre Meinung zählt“ erfüllt die Aspekte des ersten Kriteriums. Schließlich ermöglicht die zugehörige Internetpräsenz die Abgabe der persönlichen Meinung von allen EU-Bürger*innen zu von der Kommission geplanten Rechtsverordnungen (vgl. European Commission - Have your say o. D.). In dieser Phase der öffentlichen Konsultation wird es allen EU-Bürger*innen möglich gemacht, sich an dem Verordnungsprozess zu beteiligen. Dadurch wird seitens der EU versucht die Bürger*innen möglichst aktiv in die Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen (vgl. ebd. o. D.). Durch die Beteiligung der Bürger*innen an diesem Prozess versucht die EU-Kommission, besonders den Aspekt der demokratischen Legitimität zu berücksichtigen (vgl. Schmidt 2013: 4).

Für das von der Kommission initiierte Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ergeben sich folgende Zusammenhänge in Bezug auf das erste Kriterium. Bereits in einem der Hauptziele des Programms wird die Verbesserung der demokratischen Beteiligung innerhalb der EU konkret benannt (vgl. Kommunikationspolitik o. D.). Weiterhin wird aus den von der Kommission festgelegten Förderkriterien ersichtlich, dass jegliche zivilgesellschaftlichen Projekte gefördert werden, die zu einer stärkeren Beteiligung der EU-Bürger*innen an den politischen Prozessen der EU beitragen (vgl. Europäische Kommission 2022: 50f.). Für das aktuelle Jahr soll der Fokus der Programme beispielsweise auf einer Erhöhung der Beteiligung mit Blick auf die Parlamentswahlen im Jahr 2024 liegen (vgl. ebd.: 9f.).

Die Europäische Bürgerinitiative legt aufgrund ihrer Konzeption und Zielvorstellung ebenfalls einen Fokus auf die Erhöhung der partizipativen Elemente innerhalb der EU (Startseite; Europäische Bürgerinitiative o. D.). Dadurch, dass allen EU-Bürger*innen die Möglichkeit gegeben wird, Vorschläge für mögliche Rechtsverordnungen bei der Kommission einzureichen, werden die partizipativen Strukturen für die breite Bevölkerung innerhalb der EU weiter ausgebaut (vgl. Europäische Kommission 2011: 1). Damit knüpft dieses Kommunikationselement im Vergleich zu dem Portal „Ihre Meinung zählt“ nochmal in einem anderen Maße an die partizipativen Möglichkeiten an, da die Beteiligung nicht nur auf bereits bestehenden Verordnungen ausgerichtet ist.

2 Transparenz

Sowohl die Plattform „AskEP“, als auch Kontaktmöglichkeiten über die Seite „Europe direct“ führen zu einer allgemeinen Zunahme der Transparenz. Beide Kommunikationselemente ermöglichen in Form von schriftlichen oder persönlichen Anfragen die Bereitstellung von Informationen rund um die EU (vgl. Schreiben Sie uns; Formulare; Europäisches Parlament o. D. & So erreichen Sie uns; Europäische Union o. D.). Durch beide Plattformen wird die Möglichkeit geboten, dass die Nutzer*innen der jeweiligen Seiten auf einem direkten Weg über jegliche Sachinformationen der EU

informiert werden. Diese Informationen reichen bei beiden Programmen von Informationen zu den einzelnen EU-Institutionen (vgl. ebd.) bis hin zu den Tätigkeitsfeldern oder aktuellen Beschlüssen der zahlreichen EU-Institutionen (vgl. ebd.).

Die offizielle Internetpräsenz der EU bietet in vielen Bereichen umfangreiche Informationsangebote (vgl. Ihr Portal zur EU, Aktuelles, Schwerpunktthemen; Europäische Union o. D.). Insofern wird dadurch zumindest der erste Teil des Kriteriums (passiver Zugang zu Informationen) erfüllt. In sechs verschiedenen Kategorien, die mit weiteren Unterpunkten versehen sind, wird auf viele verschiedene Themen eingegangen. Hierbei werden unter dem Punkt „Grundsätze, Länder, Geschichte“ (ebd.) die Beitrittsregelungen, die umfangreiche Historie der EU und allgemeine Fakten vorgestellt (vgl. ebd.). Weiterhin besteht die Möglichkeit, je nach individuellem Interesse, tiefere Informationen zu einzelnen Aspekten zu erhalten (vgl. Geschichte und Pioniere der EU; Europäische Union o. D.).

Die beiden Plattformen, welche audiovisuelle Medien der breiten Öffentlichkeit und Medienvertretern zur Verfügung stellen, legen den Schwerpunkt maßgeblich auf die reine Aufbereitung von Informationen (vgl. EC AV PORTAL o. D. & European Parliament Multimedia Centre o. D.). Dadurch wird ein weiterer Beitrag zur Erhöhung der Transparenz gegenüber der breiten Bevölkerung geleistet. Je nachdem, ob es sich um das Angebot von der Europäischen Kommission oder dem europäischen Parlament handelt, reicht dieses Spektrum von einem täglichen Live-Stream bis hin zu aktuellen Beschlüssen im Videoformat (vgl. ebd.). Dieses Angebot wird ebenfalls durch entsprechendes Fotomaterial unterstützt (vgl. ebd.). Durch die tägliche Aktualisierung der unterschiedlichen Informationsmedien soll den Besucher*innen der Portale ein möglichst aktueller und umfangreicher Zugang geboten werden.

Die internetbasierte Plattform „Das tut die EU für mich“ weist, neben ihrer eigentlichen Hauptintention, ebenfalls Informationsangebote zu verschiedenen Themen der EU auf (vgl. What Europe does for me - #EUandME o. D.). Diese beschränken sich dabei auf die Vorteile, die mit der EU verbunden sind (vgl. ebd.). Beispielsweise werden konkrete Errungenschaften benannt, die für einzelne Regionen in den Mitgliedsstaaten der EU von Bedeutung sind. Die Informationsaufbereitung wird bei dieser Art von Kommunikationsinstrument mit verschiedenen Vorteilen der EU verbunden (vgl. ebd.). Durch die Plattform „Ihre Meinung zählt“ wird die zweite Dimension, mit der das Kriterium operationalisiert wurde, ebenfalls thematisiert. Hierbei handelt es sich um die Möglichkeit, dass EU Bürger*innen bestimmte Forderungen an von der EU beschlossene Maßnahmen stellen können und so einen aktiven Zugang zu Informationen erhalten (s. Teil III, Kap. 4). Der Hauptzweck des Programms liegt darin, dass alle Bürger*innen der EU an die Kommission herantreten können, um ihre Meinung zu aktuellen Rechtsverordnungen abzugeben (vgl. Europäische Kommission 2011: 2). Damit

wird ein wesentlicher Bestandteil des Kriteriums erfüllt (s. Teil III, Kap. 4) und somit ebenfalls ein Teil dazu beigetragen, den EU-Bürger*innen ein höheres Maß an Transparenz zu vermitteln.

Die übrigen Kommunikationselemente („Europa für Bürgerinnen und Bürger“, Die Europäische Bürgerinitiative) weisen keine nennenswerten Bezüge zu dem zweiten Kriterium auf.

3 Vorteile & problemlösende Aspekte

In Bezug auf das Kommunikationsmittel „AskEP“ lässt sich bei einer genaueren Durchsicht der veröffentlichten Anfragen und den dazugehörigen Antworten folgendes feststellen. Vor allem, wenn es sich um Anfragen handelt, die auf die Lösung von Problemen und Herausforderungen abzielen, wird das dritte Kriterium größtenteils erfüllt. Beispielsweise gibt es vermehrt Anfragen an das Parlament, bei denen die Bürger*innen wissen wollen, was die EU gegen den Klimawandel unternimmt (vgl. Ep 2022a). In der dazugehörigen Antwort wird an einigen Stellen explizit auf die Aspekte verwiesen, die die EU zur Lösung des Problems beiträgt (vgl. ebd.). Unter dem Ausdruck „The EU is taking a whole series of measures to place its economy and society on a sustainable path that protects citizens and the environment on a long-term basis“ (Ep 2022a), werden aufeinanderfolgend bisher stattgefundene und geplante Maßnahmen erläutert (vgl. ebd.). Auch in anderen Bereichen lässt sich dieses Muster feststellen. So wird im Bereich der Bekämpfung von Kinderarbeit auf die Errungenschaften der EU verwiesen (vgl. Ep 2022b). Letztendlich lässt sich das Vorhandensein von Elementen, die explizit die Errungenschaften der EU betonen, nur in vereinzelt Anfragen wiederfinden. Darüber hinaus gibt es ebenfalls Anfragen, die einen rein informativen Charakter aufweisen (vgl. Ep 2022b).

Im Vergleich dazu bietet das Kommunikationsportal, das von der Kommission verantwortet wird, keine expliziten Dokumente oder Hinweise, welche auf die Erfüllung des dritten Kriteriums hindeuten (vgl. EC AV PORTAL o. D.). Durch den informativen Charakter des Portals steht die Vermittlung von allgemeinen Vorteilen, die mit der EU verbunden sind, nicht im Vordergrund (vgl. ebd. o. D.).

Die Internetpräsenz der EU verfügt unter der Rubrik „Prioritäten und Maßnahmen“ (Ihr Portal zur EU, Aktuelles, Schwerpunktthemen; Europäische Union o. D.) eine Kategorie, die mit dem Begriff „Errungenschaften“ (ebd. o. D.) bezeichnet wird. Unter der Überschrift „Die wichtigsten Errungenschaften und konkreten Vorteile der Europäischen Union“ (Errungenschaften und Vorteile; Europäische Union o. D.) werden die erfahrbaren Vorteile der EU vorgestellt. Zum Beispiel wird auf die Wirkung des europäischen Binnenmarkts, die Auswirkungen auf den allgemeinen Lebensstandard und die Bemühungen im Bereich der internationalen Politik eingegangen (vgl. ebd. o.

D.). Weiterhin wird unter den Kategorien „Anti-Corona-Maßnahmen der EU“ (Ihr Portal zur EU, Aktuelles, Schwerpunktthemen; Europäische Union o. D.) und „EU-Hilfe für die Ukraine“ (ebd. o. D.) an zwei exemplarischen Problemfeldern die Problemlösekompetenz der EU verdeutlicht. Damit werden die Aspekte des dritten Kriteriums grundsätzlich erfüllt. Die beiden Kommunikationsportale, welche auf die Bereitstellung von medialen Inhalten fokussiert sind, beschränken sich hierbei auf die allgemeine Vermittlung von aktuellen Informationen und Beschlüssen der EU in entsprechend aufbereiteter Form (vgl. EC AV PORTAL o. D. & European Parliament Multimedia Centre o.D.). Dabei können keine gesonderten Inhalte identifiziert werden, die auf die Aspekte des dritten Kriteriums hinweisen.

Das Internetportal „Das tut die EU für mich“ (What Europe does for me - #EUandME o. D.) deutet mit seinem eindeutigen Titel auf den wesentlichen Schwerpunkt des Programms hin. In drei verschiedenen Kategorien wird umfangreich erläutert, welche Vorteile mit der EU in der eigenen Region und den persönlichen Lebensumständen verbunden sind (vgl. ebd.). Durch die Interaktivität der Seite, zum Beispiel bezüglich der gewählten Region, ist ebenfalls eine persönliche Schwerpunktsetzung möglich, welche die Maßnahmen der EU lebensnäher wirken lassen (vgl. ebd.). Hierdurch wird die *Output-Dimension* der EU hervorgehoben (vgl. ebd.).

Die übrigen Kommunikationselemente (s. Tab. 2) beinhalten keine Aspekte, die mit den Merkmalen des dritten Kriteriums übereinstimmen. Bei diesen Programmen überwiegt besonders der partizipative Anteil (s. Kap. 1), was an der grundlegenden Übereinstimmung mit dem ersten Kriterium zu erkennen ist.

4 Diskursiver Schwerpunkt

Die Antworten des Europäischen Parlaments, die zu den jeweiligen Anfragen der Bürger*innen veröffentlicht worden sind (vgl. Ask EP o. D.), lassen folgende Rückschlüsse in Bezug auf das dritte Kriterium zu: Durch die Beantwortung von Anfragen, die sich auf die Problemlösung der EU in Bezug auf bestimmte Herausforderungen beziehen, wird insbesondere der Rationalisierungsaspekt des ersten diskursiven Narratives (s. Teil III, Kap. 4) erfüllt. In den Antworten des europäischen Parlaments wird dabei vereinzelt auf den Nutzen und die Vorteile von den beschlossenen Maßnahmen der EU verwiesen (vgl. Ep 2022a). Dies lässt sich konkret an der Betonung von bisherigen Investitionssummen und der Verabschiedung von Projekten, die sich um die Bekämpfung des Klimawandels kümmern, verdeutlichen (vgl. ebd.). Die bisher bereitgestellten Antworten des Europäischen Parlaments bieten jedoch keine Konklusionen auf das zweite diskursive Narrativ des vierten Kriteriums, welches sich auf die Betonung demokratischer Elemente beruft (s. Teil III, Kap. 4).

Die direkte Kommunikationsplattform „Europe direct“ weist nach einer genaueren Betrachtung der enthaltenen Bestandteile keine nennenswerten Verknüpfungen zu dem vierten Kriterium auf. Hierbei ist ebenfalls im Vergleich zu den anderen Kriterien anzumerken, dass durch das fehlende Vorliegen von schriftlichen Antworten zu den jeweiligen Anfragen der Bürger*innen keine weiteren Bezüge zu den Kriterien hergestellt werden können (vgl. So erreichen Sie uns; Europäische Union o. D.). Ausschließlich die vorliegende Beschreibung der Plattform kann zur genaueren Untersuchung herangezogen werden und liefert die bisher vorgestellten Ergebnisse (s. Kap. 1-3). Bei der Betrachtung der offiziellen Internetpräsenz der EU können in Bezug auf das vierte Kriterium Übereinstimmungen mit dem ersten und dem dritten Kriterium hergestellt werden. Besonders in Verbindung mit dem dritten Kriterium (,Vorteile und problemlösende Aspekte‘) können diskursive Elemente im Bereich der Rationalität festgestellt werden. Dies wird besonders an dem Bereich der Seite ersichtlich, bei dem die konkreten Vorteile der EU dargestellt werden. Besonders durch Aussagen, wie: „Die EU sorgt seit über einem halben Jahrhundert für Frieden, Stabilität und Wohlstand.“ (Errungenschaften und Vorteile; Europäische Union o. D.), oder „Es ist zweifellos wesentlich einfacher geworden, sich in Europa zu bewegen, denn alle EU-Bürger/innen haben das Recht, in jedem EU-Land zu studieren, zu arbeiten oder sich zur Ruhe zu setzen.“ (ebd. o. D.), wird der Bezug zu dem ersten Narrativ (s. Teil III, Kap. 4) deutlich. Dabei kann die sprachliche Gestaltung als Ergänzung zu der generellen Aufzählung der Vorteile angesehen werden. Das zweite Narrativ, welches auf die Betonung demokratischer Elemente abzielt, wird auf der Internetseite weniger berücksichtigt. Es wird ausschließlich auf die entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten hingewiesen (vgl. Mitmachen, mitreden, wählen – Ihre Rechte; Europäische Union o. D.). Dabei können keine konkreten Beschreibungen identifiziert werden, die auf das Vorhandensein des zweiten Narratives hindeuten.

Die beiden Plattformen, die insbesondere audiovisuelle Medienformate von der Kommission und dem Parlament veröffentlichen, lassen bei einer näheren Betrachtung der Inhalte keine expliziten Hinweise auf das vierte Kriterium zu.

Im Gegensatz dazu lässt sich bei der Internetplattform „Das tut die EU für mich“ ein bereits genannter Zusammenhang feststellen. Neben den beiden Rubriken „In meinem Leben“ und „In meiner Region“ (What Europe does for me - #EUandME o. D.) wird sich auch in der Rubrik „Im Fokus“ (ebd. o.D.) des Narrativs der Rationalisierung bedient (s. Teil III, Kap. 4). Das Ziel dieser Rubrik liegt in der Vermittlung von einem Nutzen, der durch Maßnahmen der EU in bestimmten Politikfeldern geschaffen wird. Beispielsweise heißt es in Bezug auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der EU „[...] Seit 2014 wurden in einer Reihe von Bereichen Anstrengungen unternommen, u. a. zur Unterstützung junger Menschen bei ihrem Eintritt in den Arbeitsmarkt [...]“

(What Europe does for me - #EUandME o. D.). Auch im Bereich der Wirtschaftspolitik lässt sich dieses Muster bei einer genaueren Betrachtung der sprachlichen Gestaltung wiedererkennen: „[...] unterstützt, koordiniert und ergänzt die EU die auf einzelstaatlicher Ebene ergriffene Politik und Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Innovation, KMU und digitale Technologien.“ (What Europe does for me - #EUandME o. D.). Für das zweite Narrativ (Betonung demokratischer Verfahren) können auf der Internetplattform keine relevanten Belege identifiziert werden (vgl. ebd.)

Bei den verbleibenden Kommunikationselementen lassen sich insbesondere Übereinstimmungen mit dem zweiten Narrativ, welches die Förderung demokratischer Strukturen betont, identifizieren. Durch die Initiative „Ihre Meinung zählt“ wird von Seiten der EU besonders ein Schwerpunkt auf die offene und transparente Gestaltung des Rechtsverordnungsprozesses gelegt (European Commission - Have your say o. D.). Damit werden zentrale Aspekte des Narratives der Autorisierung angesprochen (s. Teil III, Kap. 4). Zusätzlich suggeriert die Konzeption des Programms umfassende Beteiligungsmöglichkeiten für alle EU -Bürger*innen an der EU-Politik (vgl. ebd. o.D.).

Ein zentraler Bestandteil des Programmes „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ist die Förderung von Initiativen und Veranstaltungen, die EU-Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen planen. Dabei steht bei einer genaueren Betrachtung der Wortwahl innerhalb der Förderrichtlinien insbesondere die Stärkung der demokratischen Beteiligung in Bezug auf die EU-Politik im Vordergrund (vgl. Europäische Kommission 2022: 87). Hierbei wird durch Aussagen wie „Im Rahmen des Aktionsbereichs Bürgerbeteiligung und Teilhabe wird das Arbeitsprogramm die Menschen befähigen, sich Gehör zu verschaffen und die Eingliederung und demokratische Teilhabe im Einklang mit den politischen Prioritäten der Kommission (insbesondere mit der Priorität „Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“) zu verbessern.“ (Europäische Kommission 2022: 9). Insofern verdeutlicht die sprachliche Gestaltung ebenfalls die Verknüpfung zu den Erkenntnissen dieses Programms in Bezug auf das erste Kriterium („Partizipation der Zivilgesellschaft“). Damit besteht in diesem Fall ein weiterer Hinweis auf den Zusammenhang zwischen den institutionellen Legitimationsversuchen, welche durch die Kriterien eins bis drei repräsentiert werden, und dem vierten Kriterium, das die diskursiven Strategien mit in den Blick nimmt.

Die Europäische Bürgerinitiative weist aufgrund ihrer Konzeption auf ähnliche Ergebnisse hin. Dadurch, dass mit diesem Kommunikationselement ebenfalls die stärkere Partizipation im Vordergrund steht, können bei einer Betrachtung der Online-Plattform ebenfalls Hinweise auf das zweite Narrativ wiedergefunden werden (vgl. Startseite; Europäische Bürgerinitiative o. D.). Ein Indikator ist die Kurzbeschreibung für die

Besucher*innen der entsprechenden Internetplattform: „Stärker mitbestimmen in Bereichen, die Ihr Leben beeinflussen! Nur mit der Europäischen Bürgerinitiative können Sie die Europäische Kommission auffordern, neue Gesetze vorzuschlagen, und damit Einfluss auf die EU-Politik nehmen – einzigartig!“ (Startseite; Europäische Bürgerinitiative o. D.). Die Kurzbeschreibung enthält dabei wichtige Belege, die auf eine Stärkung der Partizipation und der demokratischen Beteiligung der breiten EU-Bevölkerung hindeuten.

5 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

In den vorherigen Unterkapiteln wurde jeweils die Übereinstimmung der vier verschiedenen Kriterien mit den Kommunikationselementen der EU erläutert. Um die Ergebnisse abschließend darstellen zu können, wurden die Übereinstimmungen der Kriterien mit den Kommunikationselementen drei verschiedenen Ausprägungen zugeordnet und in zwei Abbildungen dargestellt (s. Tab. 1 & 2, sowie Legende):

Legende: Die drei Ausprägungen der vier Kriterien der kriterienorientierten Inhaltsanalyse:

Nicht: = Kriterium wird nicht erfüllt, d.h. die damit verbundenen Aspekte sind in dem Kommunikationselement nicht enthalten.

weniger: = Kriterium wird ansatzweise erfüllt, d.h. es gibt teilweise Ansätze und einige Hinweise innerhalb der Instrumente, die auf die Erfüllung hindeuten.

Erfüllt: = Kriterium wird erfüllt, d.h. es haben sich ausreichend Belege innerhalb des jeweiligen Kommunikationselements finden lassen, die auf die Erfüllung hindeuten.

Tabelle 2: Die untersuchten Kommunikationselemente und die Erfüllung der Kriterien in den drei Ausprägungen (eigene Darstellung)

	AsKEP	Europe direct	EUROPA	Audiovisueller Dienst/Multimedia Centre	„Das tut die EU für mich“
Partizipation der Zivilgesellschaft	nicht	nicht	weniger	nicht	nicht
Transparenz	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	weniger
Vorteile & problemlösende Aspekte	Weniger	nicht	erfüllt	nicht	erfüllt
Diskursiver Schwerpunkt	weniger	nicht	erfüllt	nicht	erfüllt

Tabelle 3: Die untersuchten Kommunikationselemente und die Erfüllung der Kriterien in den drei Ausprägungen (eigene Darstellung)

	„Ihre Meinung zählt“	„Europa für Bürgerinnen und Bürger“	Europäische Bürgerinitiative
Partizipation der Zivilgesellschaft	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Transparenz	erfüllt	nicht	nicht
Vorteile & problemlösenden Aspekte	nicht	nicht	nicht
Diskursiver Schwerpunkt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Die drei Kommunikationselemente, die jeweils zuletzt untersucht wurden (s. Tab. 3), weisen dabei insbesondere Übereinstimmungen mit dem ersten Kriterium auf. Aufgrund der Tatsache, dass die drei Programme jeweils unterschiedlich gestaltet sind (s. Teil III, Kap. 3), wird die Beteiligung der Zivilgesellschaft jeweils durch unterschiedliche Zugänge vermittelt. Die drei verschiedenen Programme eint jedoch der Umstand, dass die EU durch die Initiierung dieser Elemente eine stärkere Beteiligung der breiten Bevölkerung an der EU-Politik fördern möchte. Das Kriterium der Transparenz lässt sich rückblickend in vielen der Kommunikationselemente wiederfinden (s. Kap. 2 & Tab. 2). Mit Ausnahme von drei Programmen, wird durch die jeweilige Gestaltung der Kommunikationselemente besonders dem Zugang zu vollständiger Information im Hinblick auf die EU eine wichtige Bedeutung eingeräumt (s. Kap. 2).

Die Vorteile und problemlösenden Aspekte, die mit der EU verbunden sind, werden ausschließlich in zwei der untersuchten Kommunikationselemente explizit erwähnt (s. Kap. 3 & Tab. 2). Damit lassen sich die Ergebnisse der kriterienorientierten Inhaltsanalyse grundlegend dem Konzept der *Input- und Output-Orientierung* der *institutionellen Legitimation* zuordnen und verweisen damit auf das Vorhandensein von verschiedenen *institutionellen Legitimationsstrategien* (vgl. Bäckstrand & Söderbaum 2018: 110). Aufgrund der quantitativen Häufigkeit des ersten und zweiten Kriteriums lässt sich die *Input-orientierte* Legitimation als ein Schwerpunkt innerhalb der analysierten Kommunikationselemente festmachen (s. Tab. 1 & 2).

Wie bereits bei der Darstellung der Ergebnisse angedeutet wurde, lässt sich das vierte Kriterium mit den beiden anderen Kriterien miteinander in Bezug setzen. Die beiden diskursiven Narrative, die in dem Kriterium enthalten sind (s. Teil III, Kap. 4), können rückblickend mit dem ersten (‚Partizipation der Zivilgesellschaft‘) und dritten

Kriterium (,Vorteile & problemlösende Aspekte) in Verbindung gebracht werden. So werden auf der offiziellen Internetpräsenz der EU bestimmte Vorteile kommuniziert, die sich mit dem dritten Kriterium vereinbaren lassen (s. Kap. 3). Zusätzlich können diese Inhalte bei einer genaueren Betrachtung der sprachlichen Gestaltung ebenfalls dem Rationalisierungsnarrativ zugeordnet werden (s. Kap. 4). Dieser Zusammenhang gilt unter Bezugnahme des anderen Narratives beispielsweise ebenfalls für das Programm der Europäischen Bürgerinitiative. Zum einen wird das erste Kriterium durch das Vorhandensein partizipativer Elemente erfüllt und zum anderen weist die entsprechende sprachliche Gestaltung auf das Vorhandensein des zweiten Narratives hin (s. Kap. 4). Insofern werden die jeweiligen institutionellen Legitimationspraktiken durch diskursive Strategien unterstützt (vgl. Bäckstrand & Söderbaum 2018: 110).

Insgesamt werden durch gegenwärtige Kommunikationselemente vor allem solche Legitimationsstrategien verwendet, die auf Partizipation der EU-Bürger*innen abzielen. Weiterhin kann die Aufbereitung von verschiedenen Informationen zur Förderung der Transparenz als ein anderer Schwerpunkt der Legitimation ausgemacht werden. Weiterhin werden beide Legitimationsstrategien durch die entsprechenden Narrative unterstützt.

Die durch die Methodik gewonnenen Ergebnisse sollen im weiteren Verlauf dazu genutzt werden, um deren Aussagekraft vor dem Hintergrund der theoretischen Annahmen und der Arbeitshypothese einzuordnen. Weiterhin sollen die Ergebnisse in den Zusammenhang mit der allgemein anerkannten Debatte über das Demokratiedefizit der EU gebracht werden.

V Diskussion der Ergebnisse

In diesem vorletzten Teil der Arbeit sollen die Ergebnisse in einen größeren Zusammenhang eingeordnet werden. Aufgrund dessen soll durch einen Abgleich mit den theoretischen Vorannahmen (s. Teil II) der Bezugspunkt zur theoretischen Basis der Arbeit hergestellt werden. Zusätzlich werden die Ergebnisse in Verbindung mit der theoretischen Debatte bezüglich des Demokratiedefizits der EU gebracht.

1 Rückbezug zu den theoretischen Annahmen

Die Grundlage für die Einordnung der Ergebnisse vor dem Hintergrund der theoretischen Annahmen bietet das theoretische Argument und die zugehörige Arbeitshypothese (s. Teil II, Kap. 3). Diese wurden auf Basis der theoretischen Konzepte

konstruiert, die den aktuellen Forschungsstand im Bereich der Legitimitätsforschung widerspiegeln (s. Teil II, Kap. 1 und 2).

Dabei verdeutlichen die Ergebnisse den vermuteten Zusammenhang, dass die EU aufgrund ihrer steigenden Politisierung von Legitimationsstrategien innerhalb der aktuellen Kommunikationspolitik Gebrauch macht. Der Schwerpunkt liegt dabei insbesondere auf institutionellen Legitimationsstrategien, die vereinzelt durch entsprechende diskursive Elemente ergänzt werden (s. Teil IV). Weiterhin versucht die EU, sich durch die aktuell verwendeten Kommunikationselemente, besonders durch die ausführliche Informationsbereitstellung und die Initiierung von Partizipationsmöglichkeiten gegenüber den EU-Bürger*innen zu legitimieren (s. Teil IV, Kap. 5). Damit nehmen größtenteils Aspekte der demokratischen Legitimität, bei der die Begriffe der Transparenz und Partizipation enthalten sind, eine bedeutende Rolle innerhalb der verwendeten Legitimationsstrategien ein (vgl. Schmidt 2013: 4). Diese Feststellung knüpft damit an vergangene Forschungsarbeiten an, die ebenfalls das Vorhandensein von partizipativen und informativen Aspekten als einen Schwerpunkt der Kommunikationspolitik der EU identifizieren (vgl. Michailidou 2008: 360ff.) Andere Möglichkeiten der Legitimation finden keinen dominierenden Einsatz innerhalb der Kommunikationspolitik der EU.

Inwiefern die untersuchten Kommunikationselemente vor dem Hintergrund der Politisierung der EU betrachtet werden können, zeigt die zeitliche Einordnung von einzelnen Kommunikationselementen, die untersucht wurden. Einige der untersuchten Kommunikationselemente basieren auf der grundlegenden Umstrukturierung der Kommunikationspolitik der EU zu Beginn der 2000er Jahre (vgl. Valentini 2008: 59f.). Besonders der zunehmende Einflussbereich der EU im Zuge des Vertrags über die Europäische Union aus dem Jahre 1992, bei im Vergleich geringen Beteiligungsmöglichkeiten der EU-Bürger*innen, führte Ende der 1990er Jahre zu einer steigenden Politisierung der EU (vgl. Rauh 2022: 5ff.). Die gescheiterte Verabschiedung einer gemeinsamen europäischen Verfassung im Jahre 2004, kann als ein weiterer Aspekt dieses Politisierungsprozesses angesehen werden (vgl. ebd.: 5ff.). In dem „White Paper on a European Communication Policy“ werden diese Reformvorhaben vorgestellt und damit wesentliche Grundlagen für die gegenwärtig ausgestaltete Kommunikationspolitik festgelegt (vgl. Europäische Kommission 2006). In dem Strategiepapier wird von der EU erkannt, dass insbesondere das fehlende Wissen der EU-Bürger*innen und die fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten ein generelles Problem darstellen (vgl. ebd.: 1). Aufgrund dieser Tatsache werden für die nächsten Jahre im Bereich der Kommunikationspolitik die Schwerpunkte auf die Beteiligungsmöglichkeiten und Informationsversorgung der EU-Bürger*innen gelegt (vgl. ebd.: 4ff.). Die Ergebnisse der dort formulierten Maßnahmen spiegeln sich ebenfalls in den gegenwärtigen

Kommunikationselementen der EU wider (vgl. Kommunikationspolitik o. D.). Zusätzlich deuten die erzielten Ergebnisse der Arbeit auf den Schwerpunkt partizipativer und informativer Aspekte in den verschiedenen Kommunikationselementen hin (s. Teil IV, Kap. 1 & 2). Vor dem Hintergrund der zunehmenden Politisierung der EU zu Beginn der 2000er Jahre lassen sich die im Jahre 2006 festgelegten Reformvorhaben als eine Möglichkeit der grundlegenden (Re-)Legitimation der EU verstehen. Die aktuellen Kommunikationselemente knüpfen mit dem verdeutlichten Schwerpunkt an diesen Umstand an (s. Teil IV, Kap. 5).

Es bleibt dabei die Frage zu stellen, wie sich die Ergebnisse der Arbeit im Hinblick auf die Legitimitätswahrnehmung der EU einordnen lassen. Ein Ansatzpunkt besteht dabei in der Verknüpfung der Ergebnisse mit der Debatte um das Demokratiedefizit der EU, die als eine der grundlegendsten Herausforderungen für die Legitimitätswahrnehmung der EU in den letzten Jahren angesehen werden kann (vgl. u.a. Valentini 2008 & Meyer 1999).

2 Einordnung hinsichtlich des Demokratiedefizits der EU

Die Debatte um das Demokratiedefizit der EU beschäftigt sich mit dem allgemeinen Kritikpunkt der unzureichenden Ausgestaltung der institutionellen Infrastruktur innerhalb der EU in Bezug auf die Aspekte der demokratischen Legitimität (vgl. Valentini 2008). Dabei besteht ein zentraler Vorwurf dieses Defizits in der Ausgestaltung der Entscheidungsfindung bedeutender EU-Institutionen wie der Kommission, die die Belange der europäischen Bevölkerung unzureichend berücksichtigt (vgl. Meyer 1999: 620). Innerhalb der Debatte werden weitere Aspekte, wie das Fehlen einer einheitlichen europäischen Identität zwischen den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten, als Faktoren genannt, welche die demokratische Ausgestaltung der EU negativ beeinflussen (vgl. ebd.). Dadurch, dass der Themenschwerpunkt dieser Arbeit besonders auf dem Einfluss der institutionellen Eigenschaften der EU und die damit verbundene Legitimitätswahrnehmung liegt, sind besonders die institutionellen Faktoren des Demokratiedefizits von Bedeutung (vgl. Decker 2002: 260). Hierbei dient die Ausgestaltung des Europäischen Parlaments und der Kommission als exemplarische Verdeutlichung für die demokratischen Mängel der EU. So wird das Europäische Parlament zwar alle fünf Jahre von den EU-Bürger*innen direkt gewählt und unterscheidet sich in diesem Aspekt nicht von den nationalen Parlamenten (vgl. Decker 2002: 260-261). Jedoch steht dem Parlament als direkt gewähltes legislatives Organ nicht die Möglichkeit zu, entscheidend über die personelle Zusammensetzung der Kommission, die innerhalb der EU exekutive Funktionen wahrnimmt, zu beeinflussen. Auch eine mögliche Abwahl der Kommission steht dem Parlament nicht zu, und die Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission obliegt zu großen Teilen den nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten (vgl. ebd.: 260-261).

Die Kritik und Vorwürfe des Demokratiedefizits beziehen sich vor allem auf Aspekte der demokratischen Legitimität (vgl. Schmidt 2013: 4). Dabei handelt es sich insbesondere um die mangelnde direkte Einbindung der europäischen Bevölkerung innerhalb der politischen Struktur der EU (vgl. Meyer 1999: 620). Dieser Umstand lässt sich bei der Hinzunahme des Konzepts der *Input – und Output Legitimität* der Input-Dimension zuordnen (vgl. Schmidt 2013: 3). Schlussendlich wirkt sich die mangelnde demokratische Ausgestaltung der EU damit ebenfalls auf die Legitimitätswahrnehmung der breiten Bevölkerung aus.

Wie lassen sich die Ergebnisse der Arbeit vor dem Hintergrund des Zusammenhangs zwischen dem Demokratiedefizit und der durch die *Input-Legitimität* beschreibenden Legitimitätswahrnehmung einordnen?

Die Fokussierung auf *Input-orientierte Legitimationsstrategien* im Zuge der gegenwärtigen Kommunikationspolitik der EU können im Hinblick auf das Demokratiedefizit der EU als Legitimationsversuche angesehen werden. Vor allem durch die Einbindung von Legitimationsstrategien, die auf eine Erhöhung der partizipativen Strukturen der EU abzielen, wird auf die unzureichenden Stimmrechte der breiten Bevölkerung im politischen System der EU eingegangen (s. Teil IV, Kap. 1). Dabei können Programme wie die „*Europäische Bürgerinitiative*“ oder die Plattform „*Ihre Meinung zählt*“ exemplarisch für die Intensivierung der Partizipationsmöglichkeiten angesehen werden (s. Teil IV, Kap. 1). Weiterhin wird die Stärkung der demokratischen Elemente innerhalb der politischen Struktur der EU durch die Bemühungen, die Transparenz gegenüber der breiten Bevölkerung aufrechtzuerhalten, mit unterstützt (s. Teil IV, Kap. 2). In Verknüpfung mit den Programmen, die sich auf die Partizipationsmöglichkeiten beziehen, ergänzen die informationsorientierten Kommunikationselemente ebenfalls die *input-orientierte Legitimation* (vgl. Dellmuth et al. 2019: 634). Auf Basis dieser Zusammenhänge kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass durch das Vorhandensein von vermehrt institutionellen Legitimationsstrategien auf die institutionellen Aspekte des Demokratiedefizits verwiesen wird (vgl. Decker 2002: 260).

Bei einer ganzheitlichen Betrachtung der Kommunikationselemente, die auf die partizipativen Möglichkeiten für die breite Bevölkerung verweisen, lassen sich generell keine fundamentalen Änderungen innerhalb des oft als kritikwürdig bezeichneten Verhältnisses zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission erkennen (vgl. Decker 2002: 260-261). Bei dem Programm der Europäischen Bürgerinitiative handelt es sich dabei um eine Möglichkeit, durch die Europäische Bürger*innen die Möglichkeit bekommen, einen Vorschlag für eine von der Kommission verabschiedete Rechtsverordnung zu unterbreiten. Über die Umsetzung der Vorschläge entscheidet dabei nach wie vor die Kommission (vgl. Europäische Kommission 2011: 7). Dies gilt ebenfalls für das Programm „*Ihre Meinung zählt*“, bei dem nicht garantiert wird, dass

die Verbesserungsvorschläge bezüglich geplanter Rechtsverordnungen von der Kommission angenommen werden (vgl. European Commission - Have your say o. D.). Auch die von der Kommission geförderten Programme innerhalb des Projekts *„Europa für Bürgerinnen und Bürger“* setzen ausschließlich auf die Stärkung der Partizipation und des demokratischen Bewusstseins der Bürger*innen der EU innerhalb der bestehenden Verhältnisse zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission (vgl. Programm *„Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“* o. D.). Dabei lassen sich in der bisherigen Ausgestaltung der Elemente keine Belege dafür finden, welche die Rolle des Parlaments im Vergleich zur Kommission stärken und damit auf einen zentralen Aspekt des Demokratiedefizits eingehen (vgl. Decker 2002: 260-261).

Anhand der Europäischen Bürgerinitiative lässt sich seit der Einführung im Jahr 2012 aufgrund der Nutzungsweise zwar eine breitere Einbindung von Akteuren in die politischen Belange der EU erkennen, aber in Anbetracht der bisherigen Ausgestaltung werden die direkten demokratischen Rechte der Europäischen Bürger*innen durch diese Initiative nur marginal tangiert (vgl. Greenwood 2019: 954). Insofern können Programme wie die Europäische Bürgerinitiative oftmals ausschließlich als Möglichkeiten angesehen werden, durch die bestimmte Inhalte auf die politische Tagesordnung der Kommission gebracht werden können. Die direkte demokratische Partizipation wird durch ein solches Programm im gegenwärtigen Zustand nicht vollständig zu erreichen sein (vgl. Conrad & Knaut 2016: 219ff.).

Weiterhin weisen die Autoren Christopher Wratil und Jens Wäckerle (vgl. 2023) in ihrer Studie darauf hin, dass die Mehrheitsvertretung bei politischen Entscheidungen auf Ebene der EU eine bedeutende Rolle bei der Legitimitätswahrnehmung der breiten Bevölkerung spielt (vgl. Wratil & Wäckerle 2023: 301ff.). In Verbindung mit den Ergebnissen dieser Arbeit erscheint interessant, dass sich die Legitimitätsüberzeugungen der EU-Bürger*innen vermehrt durch die Mehrheitsvertretung beeinflussen lassen. Dies ist auch dann der Fall, wenn die durch einen Mehrheitsprozess getroffene Entscheidung nicht mit der eigenen Meinung übereinstimmt (vgl. ebd.: 296ff.). Eine untergeordnete Rolle spielte bei der Formierung von Legitimitätsüberzeugungen die Beteiligung der Bürger*innen an dem jeweiligen Entscheidungsprozess (vgl. ebd.: 296ff.). Diese gegenwärtigen Erhebungen deuten auf den bereits dargestellten Zusammenhang hin, dass die demokratische Legitimität eine wichtige Rolle bei der Entstehung von Legitimitätsüberzeugungen spielt. Dadurch, dass der Berücksichtigung der Mehrheit ebenfalls eine wichtige Bedeutung zukommt (vgl. Wratil & Wäckerle 2023), können die festgestellten Legitimationspraktiken vor dem Hintergrund des Demokratiedefizites neu eingeordnet werden. Die unterschiedlichen Kommunikationselemente verweisen zwar auf Aspekte, welche die

Legitimitätswahrnehmung beeinflussen (s. Teil IV, Kap. 5). Es bleibt jedoch die Frage danach zu stellen, inwiefern die enthaltenen Strategien einen nachhaltigen Einfluss auf die Legitimitätsüberzeugungen der breiten Bevölkerung besitzen. Der Einfluss von anderen Möglichkeiten wie der institutionellen Reform von bestimmten EU-Institutionen darf dabei nicht vernachlässigt werden. Dies scheint ebenfalls mit einem Blick auf die derzeitigen Asymmetrien im institutionellen Aufbau der EU eine Möglichkeit, die Legitimitätswahrnehmung der EU positiv zu beeinflussen (vgl. Decker 2002: 260-261; Wratil & Wäckerle 2023: 301ff.).

VI Fazit

Abschließend lassen sich die Ergebnisse der Arbeit vor dem Hintergrund der Fragestellung („*Durch den Gebrauch welcher Legitimationsstrategien versucht sich die Europäische Union gegenüber den Bürger*innen der Europäischen Union im Zuge der aktuellen Kommunikationspolitik zu legitimieren?*“) wie folgt zusammenfassen.

Durch die kriterienorientierte Inhaltsanalyse einiger aktueller Kommunikationselemente der EU konnte grundsätzlich das Vorhandensein von verschiedenen Legitimationsstrategien herausgearbeitet werden. Dabei ließen sich vor allem solche Strategien identifizieren, die durch die institutionelle Ausgestaltung der EU beeinflusst werden (vgl. Tallberg & Zürn 2019: 589ff.). In diesem Bereich der Legitimation konnten besonders Praktiken herausgearbeitet werden, die sich mit den Partizipationsmöglichkeiten und der Transparenz auseinandersetzen (s. Teil IV, Kap. 5). Aufgrund dessen kann der Schwerpunkt der verwendeten Legitimationsstrategien insbesondere dem Bereich der demokratischen Legitimität zugeordnet werden. Durch die Verknüpfung der Kommunikationselemente mit diesem Bereich der Legitimation zielen die Entscheidungsträger der EU auf einen spezifischen Bereich der Legitimitätswahrnehmung gegenüber der breiten Bevölkerung ab. Grundsätzlich geht es darum, durch eine Erhöhung der demokratischen Strukturen innerhalb der EU die Legitimitätswahrnehmung der EU-Bürger*innen positiv zu beeinflussen (vgl. Bäckstrand & Söderbaum 2018: 110). Diese Möglichkeiten der Legitimation beziehen sich größtenteils auf das Konzept der *Input-Legitimität* (vgl. Schmidt 2013: 4). An einigen Stellen wird in spezifischen Kommunikationselementen auf die Vorteile und den durch die EU generierten Nutzen verwiesen, was ebenfalls den Gebrauch von *Output-orientierten* Legitimationsstrategien herausstellt (vgl. ebd.).

Diese drei grundlegenden Legitimationsstrategien (Partizipationsmöglichkeiten, Transparenz und Betonung der Vorteile) werden mit entsprechenden diskursiven Elementen unterstützt (s. Teil IV, Kap. 4). Dadurch wird deutlich, dass neben den institutionellen Legitimationsstrategien ebenfalls auf diskursive Strategien zurückgegriffen

wird. Dabei konnten zwei wesentliche Narrative identifiziert werden, die sich mit den *Input- und Output-orientierten* Legitimationsstrategien in Einklang bringen lassen (s. Teil IV, Kap. 4). Mit Rückblick auf die Fragestellung können *institutionelle* und *diskursive Legitimationsstrategien* in der gegenwärtigen Kommunikationspolitik der EU schwerpunktmäßig herausgearbeitet werden. Die Beantwortung der Fragestellung verdeutlicht, dass die Beeinflussung der Legitimitätswahrnehmung als ein zentrales Element der Kommunikationspolitik der EU angesehen werden kann. Damit konnte die eingangs formulierte Forschungsfrage dieser Arbeit durch das gewählte Vorgehen zielführend beantwortet werden.

Bei einem genaueren Blick auf die erzielten Ergebnisse (s. Teil IV, Kap. 5) lassen sich diese grundlegend mit den theoretischen Konzepten und Annahmen aus dem Bereich der Legitimitätsforschung in Einklang bringen (vgl. u.a. Dellmuth 2019; Tallberg & Zürn 2019; Bäckstrand & Söderbaum 2018). Deswegen lässt sich die Art der Legitimationsstrategien, die in der Kommunikationspolitik der EU enthalten sind, nicht als überraschend einstufen. Wie den rezipierten Typologien zu entnehmen, ist der Gebrauch von unterschiedlichen Legitimationsstrategien eine einschlägige Möglichkeit für internationale Institutionen, um sich gegenüber der breiten Bevölkerung (erfolgreich) zu legitimieren (vgl. Bäckstrand & Söderbaum 2018: 110). Dieser Umstand lässt sich der EU ebenfalls zuweisen, wenn auch die Ausprägung der Legitimationsstrategien auf bestimmte Praktiken beschränkt ist. So konnten innerhalb der Kommunikationselemente vor allem *input-orientierte* Legitimationsstrategien identifiziert werden.

Mit einem Blick auf die verwendete Methode (*kriterienorientierte Inhaltsanalyse*; s. Teil III, Kap. 4) können im Nachhinein keine größeren Probleme bei der Durchführung festgestellt werden. Sicherlich fiel der eigentliche Analysegegenstand, die Primärquellen der entsprechenden Kommunikationselemente, teilweise unterschiedlich aus. Dies lässt sich aber vor allem durch die Varianz innerhalb der Kommunikationselemente erklären (vgl. Kommunikationspolitik; Kurzdarstellungen zur Europäischen Union; Europäisches Parlament o. D.). Dieser Umstand führte jedoch nicht dazu, dass die entsprechenden Kriterien nicht mit den Kommunikationselementen in Verbindung gebracht werden konnten.

Dadurch, dass die Kriterien aus einschlägigen Forschungsvorhaben der Legitimitätsforschung entwickelt worden sind, kann die Reichweite der Methode als solide eingestuft werden (vgl. u.a. Dellmuth et al. 2019; Tallberg & Zürn 2019; Bäckstrand & Söderbaum 2018). Die Durchführung dieser Methode ist somit ebenfalls für die Analyse der Kommunikationspolitik anderer internationaler Institutionen denkbar.

Der Erkenntnisgewinn dieser Arbeit für die theoretische Relevanz besteht insbesondere in der Prüfung der empirischen Gültigkeit von zentralen Konzepten im Bereich der Legitimitätsforschung. Im Schwerpunkt stehen dabei vor allem solche

theoretischen Konzepte, die sich mit unterschiedlichen Legitimitätsstrategien internationaler Institutionen auseinandersetzen (vgl. u.a. Scholte & Tallberg 2018; Dellmuth et al. 2019). Durch die Herausarbeitung der grundlegenden Legitimationsstrategien der Europäischen Union lassen sich die grundlegenden Charakteristika der Legitimationsversuche internationaler Institutionen nachvollziehen. Vor allem die Verwendung unterschiedlicher Legitimationsstrategien kann anhand der herausgearbeiteten Praktiken verdeutlicht werden. Gleichzeitig wird durch die Fokussierung auf die Kommunikationspolitik der Stellenwert der öffentlichen Kommunikation für internationale Institutionen herausgestellt. Die für die EU spezifischen Legitimationsstrategien bieten ebenfalls die Möglichkeit, die Unterschiede zu den Legitimationspraktiken anderer Institutionen zu verdeutlichen. Durch die Verknüpfung der Ergebnisse mit der Debatte um das Demokratiedefizit der EU konnte gezeigt werden, dass die EU durch die Fokussierung auf *Input-orientierte Legitimationsstrategien* an die bestehende Debatte um die institutionellen Mängel im politischen System der EU möglicherweise versucht anzuknüpfen (s. Teil V, Kap. 2).

Durch die zunehmende Bedeutung europäischer Politik innerhalb der unterschiedlichen Mitgliedsstaaten kann die Herausarbeitung der bestehenden Legitimationsstrategien eine Rolle für die weitere Entwicklung der EU einnehmen. Besonders vor dem Hintergrund der Bedeutung von Legitimität für internationale Institutionen (s. Teil II, Kap. 3) wird auch die EU auf eine nachhaltig positive Legitimitätswahrnehmung gegenüber der europäischen Bevölkerung angewiesen sein (vgl. Zürn & Stephen 2010: 93). Insofern sollte auch vor dem Hintergrund des Demokratiedefizits, das sich in einer sinkenden Legitimitätswahrnehmung äußert, über die Wirksamkeit der bisherigen Legitimationsstrategie nachgedacht werden. Hierfür können unter anderem die gegenwärtigen Legitimationspraktiken der EU genutzt werden, um über deren Wirkung innerhalb der europäischen Bevölkerung zu urteilen. Es stellt sich daher die Frage, inwiefern die gegenwärtig genutzten Legitimationspraktiken die teilweise umstrittene Stellung der EU gegenüber den EU-Bürger*innen in einem positiven Sinne beeinflussen können. Fest steht, dass aufgrund der politischen Bedeutung der EU in den kommenden Jahrzehnten kein Weg daran vorbeiführen wird, auch weiterhin gezielt auf die Unionsbürger*innen einzugehen.

Literaturverzeichnis

- Altides, C. (2009). *Making EU Politics Public*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845220123>
- Bäckstrand, K., & Söderbaum, F. (2018). *Legitimation and Delegitimation in Global Governance* (Bd. 1). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198826873.003.0006>
- Biegoń, D. (2013). Specifying the Arena of Possibilities: Post-structuralist Narrative Analysis and the European Commission's Legitimation Strategies: Specifying the arena of possibilities. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 51(2), 194–211. <https://doi.org/10.1111/j.1468-5965.2012.02310.x>
- Brüggemann, M. (2010). Information Policy and the Public Sphere: EU Communications and the Promises of Dialogue and Transparency. *Javnost - The Public*, 17(1), 5–21. <https://doi.org/10.1080/13183222.2010.11009023>
- Conrad, M., & Knaut, A. (2016). Bridging the Gap? Concluding Remarks on Various Contributions of the ECI. In M. Conrad, A. Knaut, & K. Böttger (Hrsg.), *Bridging the Gap?* (S. 219–222). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845266138-219>
- De Vries, C. E., Hobolt, S. B., & Walter, S. (2021). Politicizing International Cooperation: The Mass Public, Political Entrepreneurs, and Political Opportunity Structures. *International Organization*, 75(2), 306–332. <https://doi.org/10.1017/S0020818320000491>
- de Wilde, P., Leupold, A., & Schmidtke, H. (2016). Introduction: The differentiated politicisation of European governance. *West European Politics*, 39(1), 3–22. <https://doi.org/10.1080/01402382.2015.1081505>
- De Wilde, P., & Zürn, M. (2012). Can the Politicization of European Integration be Reversed? *Journal of Common Market Studies*, 50(1), 137–153.
- Decker, F. (2002). Governance beyond the nation-state. Reflections on the democratic deficit of the European Union. *Journal of European Public Policy*, 9(2), 256–272. <https://doi.org/10.1080/13501760110120255>
- Dellmuth, L. M. (2018). *Individual Sources of Legitimacy Beliefs* (Bd. 1). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198826873.003.0003>
- Dellmuth, L. M., Scholte, J. A., & Tallberg, J. (2019). Institutional sources of legitimacy for international organisations: Beyond procedure versus performance. *Review of International Studies*, 45(04), 627–646. <https://doi.org/10.1017/S026021051900007X>

- Dellmuth, L. M., & Tallberg, J. (2015). The social legitimacy of international organisations: Interest representation, institutional performance, and confidence extrapolation in the United Nations. *Review of International Studies*, 41(3), 451–475. <https://doi.org/10.1017/S0260210514000230>
- Dellmuth, L., & Schlipphak, B. (2020). Legitimacy beliefs towards global governance institutions: A research agenda. *Journal of European Public Policy*, 27(6), 931–943. <https://doi.org/10.1080/13501763.2019.1604788>
- Dingwerth, K., & Pattberg, P. (2006). Was ist Global Governance? *Leviathan*, 3(34), 377–399.
- Ecker-Ehrhardt, M. (2018). Self-legitimation in the face of politicization: Why international organizations centralized public communication. *The Review of International Organizations*, 13(4), 519–546. <https://doi.org/10.1007/s11558-017-9287-y>
- Fuchs, D., & Escher, R. (2015). Is There a Legitimacy Crisis in the European Union? In A. Hurrelmann & S. Schneider (Hrsg.), *The Legitimacy of Regional Integration in Europe and the Americas* (S. 75–97). Palgrave Macmillan UK. https://doi.org/10.1057/9781137457004_5
- Greenwood, J. (2019). The European Citizens' Initiative: Bringing the EU closer to its citizens? *Comparative European Politics*, 17(6), 940–956. <https://doi.org/10.1057/s41295-018-0138-x>
- Gronau, J., & Schmidtke, H. (2016). The quest for legitimacy in world politics – international institutions' legitimation strategies. *Review of International Studies*, 42(3), 535–557. <https://doi.org/10.1017/S0260210515000492>
- Héritier, A. (2003). Composite democracy in Europe: The role of transparency and access to information. *Journal of European Public Policy*, 10(5), 814–833. <https://doi.org/10.1080/1350176032000124104>
- Hooghe, L., & Marks, G. (2009). A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. *British Journal of Political Science*, 39(1), 1–23. <https://doi.org/10.1017/S0007123408000409>
- Hutter, S., & Grande, E. (2014). Politicizing Europe in the National Electoral Arena: A Comparative Analysis of Five West European Countries, 1970–2010*. *Journal of Common Market Studies*, 52(5), 1002–1018. <https://doi.org/10.1111>
- Kempcke, G. (2000). *Wörterbuch—Deutsch als Fremdsprache*. Walter de Gruyter.
- Meyer, C. (1999). Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 37(4), 617–639. <https://doi.org/10.1111/1468-5965.00199>

- Michailidou, A. (2008). Democracy and New Media in the European Union: Communication or Participation Deficit? *Journal of Contemporary European Research*, 4(4), 346–368. <https://doi.org/10.30950/jcer.v4i4.129>
- Nissen, S. (2010). Kommunikation in der Krise: Entwicklung und Erfolgsbedingungen der EU- Informationspolitik. *Zeitschrift für Politik*, 57(4), 453–473.
- Pansardi, P., & Battegazzorre, F. (2018). The discursive legitimation strategies of the president of the commission: A qualitative content analysis of the State of the Union Addresses (SOTEU). *Journal of European Integration*, 40(7), 853–871. <https://doi.org/10.1080/07036337.2018.1482286>
- Rauh, C. (2022). Clear messages to the European public? The language of European Commission press releases 1985–2020. *Journal of European Integration*, 1–19. <https://doi.org/10.1080/07036337.2022.2134860>
- Rauh, C., Bes, B. J., & Schoonvelde, M. (2020). Undermining, defusing or defending European integration? Assessing public communication of European executives in times of EU politicisation. *European Journal of Political Research*, 59(2), 397–423. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12350>
- Reus-Smit, C. (2007). International Crises of Legitimacy. *International Politics*, 44(2–3), 157–174. <https://doi.org/10.1057/palgrave.ip.8800182>
- Schmidt, V. A. (2013). Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and ‘Throughput’. *Political Studies*, 61(1), 2–22. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2012.00962.x>
- Scholte, J. A., & Tallberg, J. (2018). *Theorizing the Institutional Sources of Global Governance Legitimacy* (Bd. 1). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198826873.003.0004>
- Tallberg, J., Bäckstrand, K., & Scholte, J. A. (2018). Introduction: Legitimacy in Global Governance. In *Legitimacy in global governance: Sources, processes, and consequences* (Bd. 1, S. 3–19). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198826873.003.0001>
- Tallberg, J., & Zürn, M. (2019). The legitimacy and legitimation of international organizations: Introduction and framework. *The Review of International Organizations*, 14(4), 581–606. <https://doi.org/10.1007/s11558-018-9330-7>
- Valentini, C. (2008). *Promoting the European Union: Comparative analysis of EU communication strategies in Finland and in Italy*. University of Jyväskylä.
- Valentini, C., & Nesti, G. (Hrsg.). (2010). *Public communication in the European Union: History, perspectives and challenges*. Cambridge Scholars.
- Van Leeuwen, T. (2007). Legitimation in discourse and communication. *Discourse & Communication*, 1(1), 91–112. <https://doi.org/10.1177/1750481307071986>

- Ward, D. (2001). The Democratic Deficit and European Union Communication Policy: An Evaluation of the Commission's Approach to Broadcasting. *Javnost - The Public*, 8(1), 75–94. <https://doi.org/10.1080/13183222.2001.11008766>
- Wratil, C., & Wäckerle, J. (2023). Majority representation and legitimacy: Survey-experimental evidence from the European Union. *European Journal of Political Research*, 62(1), 285–307. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12507>
- Zaum, D. (2016). Legitimacy. In J. Katz Cogan, I. Hurd, & I. Johnstone (Hrsg.), *The Oxford Handbook of International Organizations* (S. 1107–1125). Oxford University Press.
- Zürn, M. (2006). Zur Politisierung der Europäischen Union. *Politische Vierteljahresschrift*, 47(2), 242–251.
- Zürn, M., Binder, M., & Ecker-Ehrhardt, M. (2012). International Authority and Its Politicization. *International Theory*, 4(1), 69–106. <https://doi.org/10.1017/S1752971912000012>
- Zürn, M., Binder, M., Ecker-Ehrhardt, M., & Radtke, K. (2007). Politische Ordnungsbildung wider Willen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 14(1), 129–164.
- Zürn, M., & Stephen, M. (2010). The View of Old and New Powers on the Legitimacy of International Institutions. *Politics*, 30(1_suppl), 91–101. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9256.2010.01388.x>

Verwendete Primärquellen der Europäischen Union

- Amtsblatt der Europäischen Union (2011). VERORDNUNG (EU) Nr. 211/2011 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative.
- EC AV PORTAL (o. D.): [online] <https://audiovisual.ec.europa.eu/en/> [abgerufen am 06.05.2023].
- Ep, Ask a (o. D.): EP Answers | Epthinktank | European Parliament, Epthinktank, [online] <https://epthinktank.eu/category/blog/ep-answers/> [abgerufen am 03.06.2023].
- Ep, Ask b (2022): Climate change, in: *Epthinktank*, [online] <https://epthinktank.eu/2022/09/07/climate-change/> [abgerufen am 02.06.2023].
- Errungenschaften und Vorteile | Europäische Union (o. D.): European Union, [online] https://european-union.europa.eu/priorities-and-actions/achievements_de [abgerufen am 05.06.2023].

European Central Bank (2017): Fünf Dinge, die Sie über den Maastricht-Vertrag wissen sollten, European Central Bank, [online] https://www.ecb.europa.eu/ecb/educational/explainers/tell-me-more/html/25_years_maastricht.de.html#:~:text=Der%20Vertrag%20von%20Maastricht%20ebene,Zentralbanken%20und%20beschreibt%20deren%20Aufgaben. [abgerufen am 07.06.2023].

Europäische Kommission (2019). ANHANG des Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Finanzierung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und zur Annahme des Arbeitsprogramms für 2020. C (2019) 7821 final.

Europäische Kommission (2022). ANHANG des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Finanzierung des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ und zur Annahme des Arbeitsprogramms für 2023-2024. C (2022) 8588 final.

Europäische Kommission (2006). White Paper on a European Communication policy (presented by the Commission). COM (2006) 35 final.

Ihr Portal zur EU, Aktuelles, Schwerpunktthemen | Europäische Union (o. D.): European Union, [online] https://european-union.europa.eu/index_de [abgerufen am 04.05.2023].

Kommunikationspolitik | Kurzdarstellungen zur Europäischen Union | Europäisches Parlament (o. D.): [online] <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/144/kommunikationspolitik> [abgerufen am 03.06.2023].

Kommunikation (o. D.): Europäische Kommission, [online] https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/communication_de#:~:text=Die%20Generaldirektion%20Kommunikation%20ist%20als,den%20Medien%20auf%20dem%20Laufenden. [abgerufen am 08.06.2023].

Kontakt zur EU | Europäische Union (o. D.): European Union, [online] https://european-union.europa.eu/contact-eu_de [abgerufen am 28.04.2023].

Mitmachen, mitreden, wählen – Ihre Rechte | Europäische Union (o. D.): European Union, [online] https://european-union.europa.eu/live-work-study/participate-interact-vote_de [abgerufen am 05.06.2023].

Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (o. D.): Europäische Kommission, [online] https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/justice-and-consumers/justice-and-consumers-funding-tenders/funding-programmes/citizens-equality-rights-and-values-programme_de [abgerufen am 13.05.2023].

Schreiben Sie uns | Formulare | Europäisches Parlament (o. D.): [online] <https://www.europarl.europa.eu/forms/de/ask-ep> [abgerufen am 26.04.2023].

So funktioniert's (o. D.): Europäische Bürgerinitiative, [online] https://europa.eu/citizens-initiative/how-it-works_de [abgerufen am 14.05.2023].

Vertrag von Lissabon (o. D.): Vertrag von Lissabon, [online] <https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/in-the-past/the-parliament-and-the-treaties/treaty-of-lisbon> [abgerufen am 23.04.2023].

What Europe does for me - #EUandME a (o. D.): [online] <https://www.what-europe-does-for-me.eu/de/portal> [abgerufen am 09.05.2023].

What Europe does for me - #EUandME b (o. D.): [online] <https://www.what-europe-does-for-me.eu/de/portal/3/focus02> [abgerufen am 22.06.2023].

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die verwendeten Kriterien mit der jeweils zugehörigen Operationalisierung (eigene Darstellung)21

Tabelle 2: Die untersuchten Kommunikationselemente und die Erfüllung der Kriterien in den drei Ausprägungen (eigene Darstellung)29

Tabelle 3: Die untersuchten Kommunikationselemente und die Erfüllung der Kriterien in den drei Ausprägungen (eigene Darstellung)30

Eigenständigkeitserklärung

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass die vorliegende Arbeit über „*Die Legitimationsstrategien der Europäischen Union im Zuge der aktuellen Kommunikationspolitik*“ selbstständig von mir und ohne fremde Hilfe verfasst worden ist, dass keine anderen Quellen und Hilfsmittel als die angegebenen benutzt worden sind und dass die Stellen der Arbeit, die anderen Werken – auch elektronischen Medien – dem Wortlaut oder Sinn nach entnommen wurden, auf jeden Fall unter Angabe der Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht worden sind. Mir ist bekannt, dass es sich bei einem Plagiat um eine Täuschung handelt, die gemäß der Prüfungsordnung sanktioniert werden kann.

Ich erkläre mich mit einem Abgleich der Arbeit mit anderen Texten zwecks Auffindung von Übereinstimmungen sowie mit einer zu diesem Zweck vorzunehmenden Speicherung der Arbeit in einer Datenbank einverstanden.

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit oder Teile daraus nicht anderweitig als Prüfungsarbeit eingereicht habe.

